

Inhalt

| | | | |
|---|-----|--|-----|
| A. Bekanntmachungen des Landkreises | | | |
| 24 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit | 127 | Haushaltsjahr 2020 | 159 |
| 25 Erneute Bekanntmachung der Landschaftsschutzgebiets-Verordnung „Pottebruch und Umgebung“ - Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Pottebruch und Umgebung“ in der Stadt Fürstenau, Samtgemeinde Fürstenau, Landkreis Osnabrück und der Gemeinde Anderve, Samtgemeinde Freren, Landkreis Emsland vom 17.09.2018 | 128 | 106 Haushaltssatzung der Gemeinde Bippin für das Haushaltsjahr 2020 | 160 |
| 26 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Kammolchbiotop Palsterkamp“ in der Stadt Osnabrück und der Gemeinde Belm im Landkreis Osnabrück vom 11.02.2020 | 139 | 107 Bekanntmachung über die Einziehung einer Teilstrecke des Weges mit der Straßennummer 3142 in der Gemeinde Ostercappeln | 161 |
| 27 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Landkreis Osnabrück, Fachdienst 9 – Straßen) | 145 | 108 Satzung über die Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer vom 27.11.2019 (1. Änderungssatzung) | 161 |
| B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände | | 109 Satzung über die Gewährung von Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer | 162 |
| 98 Satzung der Gemeinde Bad Laer über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 II „Laer Süd-West“ | 146 | 110 Satzung über die Verringerung der Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren im Rat der Samtgemeinde Fürstenau | 163 |
| 99 Satzung der Gemeinde Bad Laer über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ | 147 | 111 Amtliche Bekanntmachung über die folgenden Beschlüsse der Stadt Bramsche Satzungsbeschlüsse der nachfolgenden Bebauungspläne: | |
| 100 Satzung über die Verringerung der Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren im Rat der Stadt Fürstenau | 148 | 1. Bebauungsplan Nr. 40 „Hesepe-Mitte“, 3. Änderung; 2. Bebauungsplan Nr. 86 „Auf dem Diek“, 1. Änderung; 3. Bebauungsplan Nr. 45 „Zwischen Engterstraße und Maltgarter Straße“, 4. Änderung | 163 |
| 101 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Nortrup über den Jahresabschluss 2017 sowie die Entlastung des Bürgermeisters | 149 | 112 Haushaltssatzung der Samtgemeinde Artland für das Haushaltsjahr 2020 | 164 |
| 102 Friedhofssatzung der Samtgemeinde Artland | 149 | 113 Haushaltssatzung der Gemeinde Nortrup | 165 |
| 103 Satzung der Samtgemeinde Artland über die Erhebung von Friedhofsgebühren | 157 | 114 Haushaltssatzung der Gemeinde Badbergen | 166 |
| 104 Gebührentarif zur Satzung der Samtgemeinde Artland über die Erhebung von Friedhofsgebühren vom 19.03.2020 | 158 | 115 Haushaltssatzung der Gemeinde Hagen a.T.W. für das Haushaltsjahr 2020 | 167 |
| 105 Haushaltssatzung des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Hasetal“ für das | | C. Sonstige Bekanntmachungen | |
| | | 5 Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Ev.-luth. Luther-Kirchengemeinde Georgsmarienhütte | 168 |
| | | 6 Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. Bonnus-Kirchengemeinde in Bersenbrück | 174 |
| | | 7 Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Ev.-luth. Bonnus-Kirchengemeinde in Bersenbrück | 176 |
| | | 8 Beschluss über die Ergänzung der Friedhofsordnung | 184 |
| | | 9 Beschluss über die Ergänzung der Friedhofsgebührenordnung | 184 |

A. Bekanntmachungen des Landkreises

24

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen: 11-bra-00917-20
Antragsteller: Bioenergie Kamphaus GmbH & Co. KG - Herr Uwe Kamphaus
Baugrundstück: Bramsche, Dorfstr. 78
Gemarkung: Ueffeln
Flur: 3
Flurstück(e): 2/4

Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG*

Antrag auf wesentliche Änderung gem. § 16 BImSchG:
Leistungserhöhung der installierten Leistung auf 2,661 MW
FWL für eine bedarfsorientierte Stromproduktion; Haupt-Az: 1381-14

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. Nr. 1.2.2.2 der Anlage 1 des UVPG durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des UVPG kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden.

Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Es liegt somit insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, 18.03.2020

Landkreis Osnabrück
Der Landrat
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

25

Erneute Bekanntmachung der Landschaftsschutzgebiets-Verordnung „Pottebruch und Umgebung“

Im Amtsblatt Nr. 21 vom 15.11.2018 wurde die Landschaftsschutzgebiets-Verordnung „Pottebruch und Umgebung“ gem. Beschluss des Kreistages vom 17.09.2018 veröffentlicht.

Bei dieser Veröffentlichung war irrtümlich eine Regelung (§ 5 Abs. 7 – Freistellung der fischereilichen Nutzung) nicht mit abgedruckt worden.

Aus diesem Grund wird die Verordnung inklusiv der Karten nachfolgend neu bekanntgegeben.

Osnabrück, den 19.02.2020

Landkreis Osnabrück
Anna Kebschull
Landrätin

Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Pottebruch und Umgebung“ in der Stadt Fürstenau, Samtgemeinde Fürstenau, Landkreis Osnabrück und der Gemeinde Andervenne, Samtgemeinde Freren, Landkreis Emsland vom 17.09.2018

Aufgrund der §§ 20 Abs. 2 Nr. 4, 22 Abs. 1 und 2, 26 sowie 32 Abs. 2 und 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434) i. V. m. den §§ 14, 15, 19, 23 sowie 32 Abs. 2 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGB-NatSchG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104) und des § 9 Abs. 4 Niedersächsisches Jagdgesetz (NJagdG) vom 16.03.2001 (Nds. GVBl. S. 100) zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.06.2016 (Nds. GVBl. S. 114) wird im Einvernehmen mit dem Landkreis Emsland verordnet:

§ 1 Landschaftsschutzgebiet

(1) Das in den Absätzen 2 und 3 näher bezeichnete Gebiet wird zum Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Pottebruch und Umgebung“ erklärt.

(2) Das LSG erstreckt sich über Teile der Stadt Fürstenau, Samtgemeinde Fürstenau und der Gemeinde Andervenne, Samtgemeinde Freren.

(3) Die Lage des LSG ist aus der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1:25.000 (Anlage 1) zu entnehmen. Die Grenze des LSG ergibt sich aus den maßgeblichen Karten im Maßstab 1:5.000 (Anlage 2, Karten 1 bis 4). Die Grenze verläuft an der Innenseite der schwarzen Linie des in den maßgeblichen Karten dargestellten grauen Bandes. In Bereichen, wo keine Flurstücksgrenzen vorhanden sind, verläuft sie an im Gelände nachvollziehbaren Geländestrukturen oder Nutzungsgrenzen. Im Bereich der Fließgewässer außerhalb des Waldes verläuft die Grenze entlang von Wegen und Straßen an deren Flurstücksgrenzen oder, wenn diese fehlen, entlang der Weg- und Straßenränder. An Hausgrundstücken, die an die Gewässer angrenzen, verläuft die Grenze ebenfalls an deren Flurstücksgrenze; im Übrigen verläuft die Grenze bei angrenzender landwirtschaftlicher Nutzung beidseitig von der Böschungsoberkante ausgehend in einem Abstand von 10 Metern. Die Karten sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Verordnung, die Übersichtskarte sowie die maßgeblichen Karten können von jedermann während der Dienststunden bei der Samtgemeinde Fürstenau, der Samtgemeinde Freren sowie den Landkreisen Osnabrück und Emsland – Untere Naturschutzbehörde – unentgeltlich eingesehen sowie über die Internetseiten des Landkreises Osnabrück abgerufen werden.

(4) Das LSG ist identisch mit dem Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Gebiet „Pottebruch und Umgebung“ (offizielle EU-Nr. DE-3411-331; niedersächsische Nr. 307 gemäß der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 (ABl. EG Nr. L 206 S. 7; 1996 Nr. 59 S. 63), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193). Die Unterschutzstellung dient gemäß § 32 Abs. 2 BNatSchG der Erhaltung des Gebietes als FFH-Gebiet und der Kohärenz des europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“.

(5) Das LSG hat eine Größe von ca. 163 ha.

§ 2 Schutzgegenstand und Gebietscharakter

1. Naturraum und Geländecharakteristik

Das LSG „Pottebruch und Umgebung“ befindet sich in der naturräumlichen Region der Ems-Hunte-Geest und Dümmer Geestniederung. Es besteht aus drei Teilbereichen.

Es handelt sich zum einen um das Waldgebiet Pottebruch westlich von Fürstenau, zum anderen um das Bruchwaldgebiet Poggenort in der Gemeinde Andervenne und der Stadt Fürstenau sowie des Weiteren um den Abschnitt des Fürstenauer Mühlenbaches, einschließlich des Zulaufs Fürstenauer Graben ab westlich von Fürstenau bis nördlich des Bruchwaldgebietes Poggenort.

Das LSG umfasst im Waldgebiet Pottebruch einen historisch alten Wuchsstandort von Wald, der im Osten durch die Ortslage Fürstenau, im Süden durch die Landesstraße L 72, im Westen durch landwirtschaftliche Nutzungen und im Norden durch die Bahnstrecke begrenzt wird.

Das Bruchwaldgebiet Poggenort liegt ca. 300 m nordwestlich

von Poggenort und ist von landwirtschaftlicher Nutzung umgeben. Das Teilgebiet wird durch die ehemalige Bahnstrecke, die hier zugleich die Kreisgrenze markiert, zweigeteilt. Der nördliche Teil gehört zur Gemeinde Anderverne, Samtgemeinde Freren im Landkreis Emsland.

Der im Regelprofil verlaufende Fürstenauer Mühlenbach und der Fürstenauer Graben führen geradlinig durch eine ebene Landschaft von Fürstenau im Osten bis zum Bruchwaldgebiet Poggenort in der Gemeinde Anderverne im Westen.

2. Geologie und Böden, Waldtypen und Nutzungsstrukturen in den Wäldern

Aus eiszeitlichen, vorwiegend sandigen Ablagerungen haben sich grundwassergeprägte Gley-Podsole und Podsol-Gleye im Bereich des Pottebruchs, im äußersten Nordosten kleinflächig auch stauwassergeprägte Pseudogleye entwickelt. Die Bruchwälder nordwestlich von Poggenort stocken auf Gleyen mit Niedermoorauflagen. Die ebene Niederung des Fürstenauer Mühlenbaches ist bodenkundlich als grundwassergeprägter Gley einzustufen.

Neben großen Anteilen der Buchenwälder und Eichen-Hainbuchen- sowie Eichenmischwäldern in Hochwaldnutzung, werden die Bruchwälder überwiegend als Niederwald bewirtschaftet. Im Pottebruch finden sich größere Nadelholzbestände (Kiefer, Fichte, Lärche) und eingestreute Bestände mit nicht gebietsheimischen Baumarten (Roteiche).

3. Bachläufe und ihre Auen

Der Bachlauf des Fürstenauer Mühlenbaches verläuft in einem Regelprofil begradigt in einer weitgehend ebenen, intensiv landwirtschaftlich genutzten Landschaft.

4. Weitere Biotope

Kleine Stillgewässer weisen zum Teil naturnahen Charakter auf. Dauergrünlandflächen und Ackerschläge grenzen bereichsweise an die Waldgebiete an.

5. Tiere im Schutzgebiet

5.1 Vögel

Die großflächigen, weitgehend störungsarmen Wälder in ihren unterschiedlichen strukturellen Ausprägungen verleihen dem LSG insgesamt eine besondere Bedeutung als faunistischer Lebensraum. Schwarz- und Mittelspecht sowie verschiedene Greifvogelarten kommen beispielsweise als lebensraumtypische, z. T. altholzbewohnende Vogelarten der Buchen- und Eichenmischwälder vor. Als Bruthabitate sind bereichsweise vor allem hohe Altholz- und Totholzanteile in den Wäldern relevant.

5.2 Fledermäuse

Das LSG hat eine besondere Bedeutung für die Bechsteinfledermaus. Die Art nutzt die strukturreichen Wälder als Nahrungs- und Fortpflanzungslebensraum.

5.3 Bachbewohnende Tierarten

Der begradigte Fürstenauer Mühlenbach weist trotz des Ausbaugrades potenziell geeignete Habitatbedingungen in Bezug auf die Sohlstruktur und die Wasserqualität für die Fischarten Steinbeißer (*Cobitis taenia*), Groppe (*Cottus gobio*) und Bachneunauge (*Lampetra planeri*) auf.

5.4 Weitere Tierarten

Die Wälder des Schutzgebietes bieten Lebensraum für zahllose andere als oben genannte waldbewohnende Tierarten wie z. B. insbesondere für Amphibien aber auch laubholzbewohnende Käfer und Säugetiere.

6 Erholung

Aufgrund seiner Nähe zu dem Ort Fürstenau ist der Pottebruch ein lokales Ziel für die naturbezogene, ruhige Erholung.

§ 3

Schutzzweck und FFH-Erhaltungsziele

(1) Allgemeiner Schutzzweck für das LSG ist gemäß § 26 Abs. 1 i. V. m. § 32 BNatSchG

1. die Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. der Schutz von Natur und Landschaft wegen ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit,
3. der Schutz von Natur und Landschaft für die Erholung.

(2) Besonderer Schutzzweck für das LSG im Sinne des Abs. 1 ist die Erhaltung, Pflege und naturnahe Entwicklung der großflächigen Eichenmischwälder, Eichen-Hainbuchen- und teils illexreichen Buchenwälder im Pottebruch und den gebietsprägenden Erlenbruch- und Erlen-Eschenwälder im Bruchwaldgebiet Poggenort als Lebensraum insbesondere von Fledermäusen sowie die Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Fließgewässer als Lebensraum für Fische und Rundmäuler. Sowohl das historische Waldgebiet Pottebruch als auch das Bruchwaldgebiet Poggenort mit ihren weitgehend unzerschnittenen, vielfältig ausgeprägten Laubwaldbereichen sind von besonderer Eigenart und Schönheit. Die Schutzgebietsausweisung dient dem Erhalt und der weiteren Entwicklung eines in seinen Lebensräumen und dem Landschaftsbild facettenreichen Landschaftsteils mit hoher Bedeutung für seltene wildlebende Tier- und Pflanzenarten insbesondere Fledermaus-, Vogel-, Fisch- und Rundmaularten sowie für die lokale, naturbezogene, ruhige Erholung. Damit verbunden sind insbesondere

1. die Erhaltung und Entwicklung der großflächigen, zusammenhängenden bodensauen Eichen-, Eichen-Hainbuchen-, Ilex-Buchen- und Erlenbruchwälder auf überwiegend grundwassernahen Standorten mit allen Waldentwicklungsstadien in mosaikartiger Verzahnung mit einem möglichst hohen Anteil reifer Altersphasen über das Gebiet verteilt,
2. die Erhaltung und Entwicklung der Niederwaldnutzung im Bruchwaldgebiet Poggenort auf teilweise temporär überstauten Niedermoororten,
3. die Erhaltung und Entwicklung der Sommer- und Winterquartiere sowie der Jagdgebiete aller im Schutzgebiet vorkommenden Fledermausarten,
4. die Erhaltung und Entwicklung der Lebensräume waldspezifischer Tierarten, insbesondere Vogel-, Insekten-

und Säugetierarten mit struktur-, totholz- und höhlenbaumreichen Bereichen,

5. die Erhaltung und Entwicklung eines guten ökologischen und chemischen Zustandes der Fließgewässer Fürstenauer Mühlenbach und Reetbach sowie ihrer Nebengewässer als geeignete Lebensräume der gebietscharakteristischen, wasserabhängigen Tierarten, wie z. B. Steinbeißer, Groppe und Bachneunauge einschließlich der typischen Begleitbiotope in tier- und pflanzenartenreicher Ausprägung,
 6. die Erhaltung und Entwicklung eines guten ökologischen und chemischen Zustandes der übrigen teilweise auch nur temporären Fließgewässer als geeignete (Teil-)Lebensräume für gebietscharakteristische Tier- und Pflanzenarten einschließlich der typischen Begleitbiotope in tier- und pflanzenartenreicher Ausprägung,
 7. die Erhaltung und Entwicklung der im Teilgebiet Poggenort vorkommenden, oligotrophen Stillgewässer u. a. als Teillebensraum für Amphibien,
 8. die Erhaltung und Entwicklung artenreicher feuchter Hochstaudenfluren an Gewässerufeln, Wald- und Waldinnenrändern,
 9. die Erhaltung und Entwicklung der naturnahen Wald- und sonstigen Wallhecken an Parzellenrändern und Gräben,
 10. die Erhaltung und Entwicklung kleinflächig im oder am Wald gelegener Dauergrünländer,
 11. die Erhaltung der weitgehenden Ruhe und Ungestörttheit des Schutzgebietes.
- (3) Besonderer Schutzzweck für das LSG im Sinne der Erhaltungsziele gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 9 BNatSchG ist über § 3 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung hinaus die Erhaltung oder die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 10 BNatSchG der im Gebiet vorkommenden natürlichen Lebensräume von gemeinschaftlichen Interesse gemäß Anhang I und der Tierarten gemäß Anhang II der FFH-Richtlinie als die für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile
1. insbesondere der prioritären Lebensraumtypen (Anhang I der FFH-Richtlinie)
 - a) **91E0* Auenwälder mit Erle und Esche**
als naturnahe, strukturreiche Erlen-Eschenwälder in Quell- und wasserzügigen Bruchwaldbereichen auf Standorten mit hohen Grundwasserständen und ggf. periodischen Überflutungen und abwechslungsreichen Boden- und Geländestrukturen wie Senken, Rinnen oder Tümpeln mit allen Alters- und Zerfallsphasen in mosaikartigem Wechsel und mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten (Roterle und Esche als Hauptbaumarten sowie vereinzelt Weidenarten, Stieleiche und Hainbuche als Nebenbaumarten), einem hohen Alt- und Totholzanteil, Höhlenbäumen und anderen Habitatbäumen, einer lebensraumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten,
 2. insbesondere der übrigen Lebensraumtypen (Anhang I der FFH-Richtlinie)
 - a) **3130 Nährstoffarme bis mäßig nährstoffreiche Stillgewässer mit Strandlings- oder Zwergbinsenvegetation**

als naturnahe, oligo- bis mesotrophe, basenarme Stillgewässer in guter Wasserqualität, mit lehmig-sandigem bis steinigem Grund, unbeschatteten flachen Ufern mit Rohbodenbereichen und standorttypisch natürlichen Wasserstandsschwankungen einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten,

- b) **6430 Feuchte Hochstaudenfluren**
als artenreiche Hochstaudenfluren einschließlich ihrer Vergesellschaftungen mit Röhrichten an Gewässerufeln sowie Wald- und Waldinnenrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten,
 - c) **9120 Atlantische bodensaure Buchenwald-Eichenwälder mit Stechpalme**
als naturnahe strukturreiche, stechpalmenreiche (Stieleichen-)Buchenwälder auf basenarmen Sandstandorten im Pottebruch mit allen Alters- und Zerfallsphasen in mosaikartigem Wechsel und mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten (Buche als Hauptbaumart sowie Stieleiche und Traubeneiche als Nebenbaumarten), einem hohen Tot- und Altholzanteil, Höhlenbäumen und anderen Habitatbäumen, natürlich entstandenen Lichtungen, einer lebensraumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten,
 - d) **9160 Feuchte Eichen- und Hainbuchen-Mischwälder**
als naturnahe, strukturreiche Eichen-Hainbuchenwälder auf feuchten basenreichen bis mäßig basenreichen, teils grund- oder staunässe beeinflussten Standorten teilweise in Verzahnung mit Eichenmischwäldern im Pottebruch mit allen Alters- und Zerfallsphasen in mosaikartigem Wechsel und mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten (Stieleiche und Hainbuche als Hauptbaumarten sowie Roterle, Esche und Buche als Nebenbaumarten), einem hohen Tot- und Altholzanteil, Höhlenbäumen und anderen Habitatbäumen, natürlich entstandenen Lichtungen, einer lebensraumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten,
 - e) **9190 Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche**
als naturnahe, strukturreiche, bodensaure Eichenmischwälder auf frischen bis feuchten bodensauen, teils Grund- oder Staunässe beeinflussten Standorten teilweise in Verzahnung mit Eichen-Hainbuchenwäldern im Pottebruch mit allen Alters- und Zerfallsphasen in mosaikartigem Wechsel und mit standortgerechten, lebensraumtypischen Baumarten (Stiel- und Traubeneiche als Hauptbaumart sowie Buche, Eberesche, Sandbirke und Hainbuche als Nebenbaumarten), einem hohen Tot- und Altholzanteil, Höhlenbäumen und anderen Habitatbäumen, natürlich entstandenen Lichtungen, einer lebensraumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tier- und Pflanzenarten,
3. insbesondere der Tierarten (Anhang II der FFH Richtlinie)
 - a) **Bechsteinfledermaus (Myotis bechsteinii)**
als stabile, langfristig sich selbst tragende Population, die das Schutzgebiet als Sommerlebensraum (Jagdgebiet,

Quartierstandorte) und Fortpflanzungsstätte mit geeigneten Habitaten, wie z. B. frische bis feuchte, unterwuchs-, struktur-, alt- und totholzreiche Misch- und Laubwälder des Pottebruchs mit einem hohen Anteil an Höhlenbäumen nutzt,

b) **Steinbeißer** (*Cobitis taenia*)

als stabile, langfristig sich selbst tragende Population, die das Schutzgebiet in durchgängigen, naturnahen, sauberen Fließgewässern mit gering durchströmten Flachwasserzonen mit naturnaher Sohlstruktur aus sich umlagernden sandigen Bereichen und teilweise dichter Wasservegetation (submerse Unterwasserpflanzenpolster) sowie naturraumtypischer Fischbiozönose nutzt; vernetzte Haupt- und Nebengewässer dienen dem Austausch von Individuen,

c) **Groppe** (*Cottus gobio*)

als stabile, langfristig sich selbst tragende Population, die das Schutzgebiet in durchgängigen, naturnahen, lebhaft strömenden, sauerstoffreichen, sommerkühlen und sauberen Fließgewässern mit einer reich strukturierten Sohle und einem hohen Anteil von Hartsubstraten (Kiese, Steine), Totholzelementen und Unterwasservegetation sowie naturraumtypischer Fischbiozönose nutzt; vernetzte Haupt- und Nebengewässer dienen dem Austausch von Individuen,

d) **Bachneunauge** (*Lampetra planeri*)

als stabile, langfristig sich selbst tragende Population, die das Schutzgebiet in durchgängigen, naturnahen, lebhaft strömenden, sauerstoffreichen, sommerkühlen und sauberen Fließgewässern mit unverbauten Ufern, Unterwasservegetation und einer vielfältigen Sohlstruktur aus flach überströmten, kiesigen Abschnitten als Laichareale und strömungsberuhigten Abschnitten mit Feinsedimentbänken als Aufwuchshabitate sowie naturraumtypischer Fischbiozönose nutzt; vernetzte Haupt- und Nebengewässern dienen dem Austausch von Individuen.

§ 4 Verbote

Gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG sind im Landschaftsschutzgebiet alle Handlungen verboten, die den Charakter gemäß § 2 dieser Verordnung verändern oder dem besonderen Schutzzweck gemäß § 3 dieser Verordnung zuwiderlaufen. Gemäß § 33 Absatz 1 BNatSchG sind alle Handlungen unzulässig, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele und den Schutzzweck dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteile führen können.

Insbesondere werden folgende Handlungen untersagt:

1. das LSG außerhalb der Straßen und Wege zu betreten oder auf sonstige Weise aufzusuchen, wobei Rückegassen und Trampelpfade nicht als Wege gelten,
2. das LSG außerhalb der Straßen und Wege ganzjährig mit Fahrrädern zu befahren, wobei Rückegassen und Trampelpfade nicht als Wege gelten,
3. die nicht dem öffentlichem Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder diese dort abzustellen; ausgenommen von diesem Verbot sind bei Straßen und Wegen motorisierte Krankenfahrstühle und E-Bikes,

4. Wohnwagen oder andere für die Unterkunft geeignete Fahrzeuge aufzustellen, zu zelten, zu lagern, zu grillen und offenes Feuer zu entzünden,
5. Hunde abseits von Straßen und Wegen unangeleint laufen zu lassen, wobei Rückegassen und Trampelpfade nicht als Wege gelten,
6. wild lebenden Tieren und deren Entwicklungsstadien nachzustellen, sie zu stören, zu beunruhigen, zu fangen oder zu töten sowie ihre Brut- und Wohnstätten zu entnehmen oder zu beschädigen,
7. Pflanzen zu ernten, zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen,
8. Pflanzen anzusiedeln oder auszubringen und Tiere in das Gebiet einzubringen oder auszusetzen,
9. Waldrandgebüsche einschließlich ihrer Säume sowie sonstige gebietsheimische, standortgerechte Gehölzbestände außerhalb des Waldes wie z. B. Ufergehölze aus Erle zu beseitigen, zu beschädigen oder nachteilig zu verändern,
10. Weihnachtsbaumkulturen, Kurzumtriebsplantagen oder andere Sonderkulturen neu anzulegen,
11. Erstaufforstungen anzulegen,
12. Wald in eine andere Nutzungsart umzuwandeln,
13. Laubholzbestände in Nadelholzbestände umzuwandeln oder den Nadelholzanteil in Mischwäldern zu erhöhen,
14. Grünland in Acker umzuwandeln,
15. nicht landwirtschaftlich genutzte Flächen zu düngen, zu kalken oder Pflanzenschutzmittel auszubringen,
16. das LSG oder Teile davon zusätzlich zu entwässern, den Grundwasserstand über das bisherige Maß hinaus absenken oder Wasser aus den Fließgewässern zu entnehmen,
17. Quellbereiche zu fassen,
18. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder zu verändern sowie Fließgewässer in ihrer Eigenschaft als Lebensraum für Steinbeißer, Groppe und Bachneunauge zu verschlechtern,
19. Bodenbestandteile und sonstige Stoffe aller Art, wie z. B. Müll, Gartenabfälle, Schutt sowie land- und forstwirtschaftliche Abfälle zu lagern, aufzuschütten oder einzubringen,
20. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Auf- und Abspülungen oder Abgrabungen vorzunehmen sowie das Bodengefüge und das Relief auf sonstige Weise zu verändern,
21. Tiergehege anzulegen,
22. bauliche Anlagen und Einfriedungen aller Art zu errichten oder wesentlich äußerlich zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind,

23. der Neu- und Ausbau von Straßen und Wegen,
24. Erdkabel- und Rohrleitungen neu zu verlegen,
25. Freileitungen oder Sendemasten aufzustellen,
26. die Errichtung von Windkraftanlagen,
27. Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzu-
bringen,
28. unbemannte Luftfahrzeuge aller Art (z. B. Flugmodelle, un-
bemannte Luftfahrtssysteme) zu betreiben; ausgenommen
ist der Einsatz von Drohnen zu land- und forstwirtschaftli-
chen Zwecken,
29. organisierte Veranstaltungen durchzuführen.

§ 5 Freistellungen

- (1) Die in den Absätzen 2 bis 6 aufgeführten Handlungen oder Nutzungen sind von den Verboten des § 4 dieser Verord-
nung freigestellt.
- (2) Allgemein gilt:
 1. Das Betreten und Befahren des Gebietes sind zulässig
 - a) durch die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sowie deren Beauftragte zur rechtmäßigen Nutzung oder Be-
wirtschaftung der Grundstücke,
 - b) durch Bedienstete der Naturschutzbehörden sowie de-
ren Beauftragte zur Erfüllung ihrer dienstlichen Aufga-
ben,
 - c) durch Bedienstete anderer Behörden und öffentlicher
Stellen sowie deren Beauftragte zur Erfüllung ihrer
dienstlichen Aufgaben einschließlich des Einsatzes
von Diensthunden; die Durchführung von Maßnahmen
bedarf der schriftlichen Anzeige bei der zuständigen
Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Be-
ginn,
 - d) im Rahmen der Handlungen nach den folgenden Nrn.
2 bis 5.
 2. Wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie Informati-
on und Bildung sind mit vorheriger Zustimmung der zu-
ständigen Naturschutzbehörde zulässig.
 3. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung so
wie Untersuchung und Kontrolle des Gebietes sind im Auf-
trag oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbe-
hörde oder mit deren vorheriger Zustimmung zulässig.
 4. Die Durchführung organisierter Veranstaltungen zum
Zweck der Umweltbildung ist mit vorheriger Zustimmung
der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.
 5. Das Aufstellen von Schildern zur gebietsbezogen natur-
schutzfachlichen Information und zu spezifischen Rege-
lungen der Freizeit- und Erholungsnutzung sind im Auftrag
oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbehörde
oder mit deren vorheriger Zustimmung zulässig.
 6. Die fachgerecht durchgeführte Pflege der Gehölze außer-
halb des Waldes zum Zweck ihrer Verjüngung oder Erhalt

des Lichtraumprofils an Straßen und Wegen sind zulässig,
wobei Schlegelmäher nicht verwendet werden dürfen; das
Fällen, Roden oder eine sonstige Beseitigung von Gehöl-
zen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen
Naturschutzbehörde.

7. Die fachgerecht durchgeführten Maßnahmen an Gehölzen
zur Herstellung der Verkehrssicherheit bei akuter Gefahr
an Straßen und Wegen sind im unbedingt notwendigen
Umfang zulässig.
8. Die ordnungsgemäße Unterhaltung der Wege außerhalb
des Waldes ohne Einbau von zusätzlichem neuem Mate-
rial und ohne Erweiterung der bereits überbauten Wege-
fläche ist zulässig.
9. Die ordnungsgemäße Instandsetzung bautechnisch be-
festigter Wege außerhalb des Waldes ist zulässig, sofern
die bereits überbaute Wegefläche einschließlich ihrer we-
gebegleitenden Einrichtungen nicht erweitert wird und
ausschließlich milieuangepasstes Material verwendet
wird.
10. Die ordnungsgemäße Unterhaltung und Instandsetzung
der Straßen ohne Erweiterung der bereits überbauten Flä-
che sind zulässig.
11. Die ordnungsgemäße Nutzung und Unterhaltung sonsti-
ger, rechtmäßig bestehender baulicher Anlagen und Ein-
richtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang
sind zulässig; die Instandsetzung bzw. deren Ersatz erfol-
gen nur nach schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Na-
turschutzbehörde mindestens einen Monat vor Maßnah-
menbeginn.
12. Die Nutzung und Unterhaltung der an das öffentliche Netz
angeschlossenen Ver- und Entsorgungsleitungen in der
bisherigen Art und im bisherigen Umfang sind zulässig; die
Instandsetzung bzw. deren Ersatz erfolgen nur nach
schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbe-
hörde mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnah-
me, wobei im Einzelfall nicht aufschiebbare Maßnahmen
zur Behebung von Störungen des Betriebes auch unver-
züglich bei oder nach Beginn der Durchführung der Maß-
nahmen angezeigt werden dürfen.
- (3) Freigestellt ist die ordnungsgemäße landwirtschaftliche
Bodennutzung der in den maßgeblichen Verordnungskar-
ten gekennzeichneten Acker- und Grünlandflächen nach
guter fachlicher Praxis gemäß § 5 Abs. 2 BNatSchG und
nach folgenden aus dem Schutzzweck hergeleiteten Vor-
gaben:
 1. Bei der Nutzung der in der maßgeblichen Verord-
nungskarte gekennzeichneten Grünlandfläche gilt:
 - a) die Veränderung des Bodenreliefs insbesondere
durch Verfüllen von Bodensenken, -mulden und
-rinnen unterbleibt,
 - b) die maschinelle Bodenbearbeitung (Walzen,
Schleppen, Mähen etc.) unterbleibt in der Zeit vom
01.03. bis 15.06. eines jeden Jahres,
 - c) jede Art der Düngung unterbleibt,
 - d) die Absenkung des Grundwasserstandes durch zu-
sätzliche Entwässerungsmaßnahmen wie z. B.
durch die Neuanlage von Gräben, Gräben oder
Drainagen unterbleibt,

- e) die Flächen werden ein- bis zweimal jährlich gemäht, wobei der erste Schnitt nicht vor dem 01.07. stattfinden darf und das Mähgut bzw. Heu- oder Silagewickelballen nach maximal einwöchiger Lagerung abgefahren werden müssen; Abweichungen sind nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde möglich,
 - f) die Mahd erfolgt von innen nach außen mit einer maximalen Mähbreite von 3 m,
 - g) die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln unterbleibt; nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde kann eine selektive Bekämpfung von Ackerkratzdistel, Rainfarn, stumpfblättrigem Ampfer, Flatterbinse und Jakobskreuzkraut von Hand mittels Rückenspritze vor der Blüte möglich sein,
 - h) jede Art der wendenden oder die Grasnarbe anderweitig zerstörenden Bodenbearbeitung (z. B. Pflug oder Fräse) unterbleibt,
 - i) die Erneuerung der Grasnarbe ist nur im begründeten Einzelfall nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde und nur durch Über- und Nachsaaten im Schlitzdrillverfahren zulässig,
 - j) die Anlage von Erdsilos, Feldmieten oder ähnlichem sowie die Ab- und Zwischenlagerung landwirtschaftlicher Produkte oder Abfälle unterbleiben.
2. Bei der Nutzung der in der maßgeblichen Verordnungskarte gekennzeichneten Grünlandflächen gilt:
- a) die Veränderung des Bodenreliefs insbesondere durch Verfüllen von Bodensenken, -mulden und -rinnen unterbleibt,
 - b) jede Art der wendenden oder die Grasnarbe anderweitig zerstörenden Bodenbearbeitung (z. B. Pflug oder Fräse) unterbleibt,
 - c) die flächige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde; zulässig bleibt der horstweise selektive Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gegen Ackerkratzdistel, Rainfarn, stumpfblättrigem Ampfer, Flatterbinse und Jakobskreuzkraut nach vorheriger Anzeige mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn,
 - d) die Erneuerung der Grasnarbe ist nur durch Über- und Nachsaaten zulässig,
 - e) die Anlage von Erdsilos, Feldmieten oder ähnlichem sowie die Ab- und Zwischenlagerung landwirtschaftlicher Produkte oder Abfälle unterbleiben, zulässig ist die maximal einwöchige Lagerung von Heu- und Silagewickelballen.
 - f) die Umwandlung in Acker unterbleibt,
 - g) die Absenkung des Grundwasserstandes durch zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen wie z. B. durch die Neuanlage von Gräben, Gräben oder Drainagen unterbleibt,
 - h) die ordnungsgemäße Unterhaltung und die punktu-
- elle Instandsetzung bestehender Drainagen sind zulässig; deren Ersatz ist zulässig, sofern die Leistungsfähigkeit nicht erhöht wird.
3. Bei der Nutzung der in der maßgeblichen Verordnungskarte gekennzeichneten Ackerflächen gilt:
- a) die Veränderung des Bodenreliefs insbesondere durch Verfüllen von Bodensenken, -mulden und -rinnen unterbleibt,
 - b) die Anlage von Erdsilos, Feldmieten oder ähnlichem sowie die Ab- und Zwischenlagerung landwirtschaftlicher Produkte oder Abfälle unterbleiben,
 - c) die ordnungsgemäße Unterhaltung und die Instandsetzung bestehender Drainagen ist zulässig; deren Ersatz ist zulässig, sofern die Leistungsfähigkeit nicht erhöht wird,
 - d) der Einsatz von Düngemitteln muss so erfolgen, dass ein Eintrag in angrenzende Kraut-, Strauch- und Waldsäume und insbesondere Gewässer ausgeschlossen ist.
4. Die Umwandlung von Acker gemäß Nr. 3 in Grünland und die anschließende Nutzung gemäß Nr. 1 oder 2 sind zulässig.
- (4) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft im Wald gemäß § 11 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) sowie § 5 Abs. 3 BNatSchG und nach folgenden aus dem Schutzzweck hergeleiteten Vorgaben:
- 1. Auf allen in den maßgeblichen Verordnungskarten gekennzeichneten Waldflächen mit Wald-Lebensraumtypen gilt:
 - a) ein Kahlschlag unterbleibt und der Holzeinschlag erfolgt einzelstammweise oder wird durch Femel- oder Lochhieb vollzogen,
 - b) die Neuanlage von Feinerschließungslinien auf befahrungsempfindlichen Standorten und/oder in Altholzbeständen unterbleibt, wenn diese nicht einen Abstand der Gassenmitten von mind. 40 Metern zueinander haben; die Weiternutzung der bestehenden Feinerschließungslinien bleibt unberührt.
 - c) eine Befahrung unterbleibt außerhalb von Wegen und Feinerschließungslinien; ausgenommen sind Maßnahmen zur Vorbereitung der Verjüngung,
 - d) der Holzeinschlag ist in der Zeit vom 01.03. bis 31.08. eines jeden Jahres nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig; das Rücken in Altholzbeständen ist in der Zeit vom 01.03. bis 31.08. eines jeden Jahres nur nach vorheriger Anzeige der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig, die mindestens 10 Werktage vor Maßnahmenbeginn gestellt werden soll,
 - e) die Düngung unterbleibt,
 - f) Bodenbearbeitungsmaßnahmen unterbleiben, wenn diese nicht mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn bei der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden sind; ausgenommen davon ist die plätzeweise Bodenverwundung zur Einleitung der natürlichen Verjüngung,

- g) Bodenschutzkalkungen unterbleiben, wenn diese nicht mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn bei der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden sind,
 - h) der flächige Einsatz Pflanzenschutzmitteln unterbleibt vollständig; zulässig ist ihre flächige Anwendung nur in begründeten Ausnahmefällen (z. B. Kalamitätenbefall) und nach Anzeige mindestens zehn Tage vor Maßnahmenbeginn bei der zuständigen Naturschutzbehörde, wenn eine erhebliche Beeinträchtigung i. S. d. § 33 Abs. 1 Satz 1 und des § 34 Abs. 1 BNatSchG nachvollziehbar belegt ausgeschlossen ist,
 - i) zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen sind nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.
2. Auf allen in den maßgeblichen Verordnungskarten gekennzeichneten Waldflächen mit den Lebensraumtypen 9120 „Atlantische bodensaure Buchenwald-Eichenwälder mit Stechpalme“, 9160 „Feuchte Eichen- und Hainbuchen-Mischwälder“, 9190 „Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche“ sowie 91E0 „Auenwälder mit Erle und Esche“, die nach dem Ergebnis der Basiserfassung den Erhaltungszustand „A“ aufweisen und mit Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der unter § 3 Abs. 3 Nr. 3 a) genannten Fledermausart gilt über die Regelungen gemäß Nr. 1 hinaus:
- a) bei Holzeinschlag ist ein vorhandener Altholzanteil auf mindestens 35 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers zu erhalten,
 - b) je vollem Hektar Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers sind mindestens sechs lebende Altholzbäume dauerhaft als Habitatbäume zu markieren und bis zu ihrem natürlichen Zerfall im Bestand zu belassen; nach dem Absterben von Habitatbäumen werden jeweils neue Habitatbäume markiert und bis zu ihrem natürlichen Zerfall im Bestand belassen,
 - c) je vollem Hektar Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers sind bei Holzeinschlag und Rücken mindestens drei Stück stehendes oder liegendes starkes Totholz bis zum natürlichen Zerfall im Bestand zu belassen,
 - d) bei Holzeinschlag bleiben auf mindestens 90 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers lebensraumtypische Baumarten erhalten,
 - e) bei künstlicher Verjüngung werden ausschließlich lebensraumtypische Baumarten angepflanzt oder gesät; auf mindestens 90 % der Verjüngungsfläche sind dabei lebensraumtypische Hauptbaumarten zu verwenden.
3. Auf allen in den maßgeblichen Verordnungskarten gekennzeichneten Waldflächen mit den Lebensraumtypen 9120 „Atlantische bodensaure Buchenwald-Eichenwälder mit Stechpalme“, 9160 „Feuchte Eichen- und Hainbuchen-Mischwälder“, 9190 „Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche“ sowie 91E0 „Auenwälder mit Erle und Esche“, die nach dem Ergebnis der Basiserfassung den Erhaltungszustand „B“ oder „C“ aufweisen und mit Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der unter § 3 Abs. 3 Nr. 3 a) genannten Fledermausart gilt über die Regelungen gemäß Nr. 1 hinaus:
- a) bei Holzeinschlag ist ein vorhandener Altholzanteil auf mindestens 20 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers zu belassen oder zu entwickeln,
 - b) je vollem Hektar Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers sind mindestens sechs lebende Altholzbäume dauerhaft als Habitatbäume zu markieren, bis zu ihrem natürlichen Zerfall im Bestand zu belassen und nach ihrem Absterben neu auszuwählen,
 - c) bei Fehlen von Altholzbäumen sind ab der dritten Durchforstung oder mindestens 30 cm Brusthöhendurchmesser der 20 % stärksten Bäume auf mindestens 5 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers je vollem Hektar Teilflächen zur Entwicklung von Habitatbäumen (Habitatbaumanwärter) dauerhaft zu markieren,
 - d) je vollem Hektar Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers sind bei Holzeinschlag und Rücken mindestens zwei Stück stehendes oder liegendes starkes Totholz bis zum natürlichen Zerfall zu belassen,
 - e) bei Holzeinschlag bleiben auf mindestens 80 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers lebensraumtypische Baumarten erhalten oder werden entwickelt,
 - f) bei künstlicher Verjüngung in Beständen des Lebensraumtyps 91E0 „Auenwälder mit Erle und Esche“, 9160 „Feuchte Eichen- und Hainbuchen-Mischwälder“ oder 9190 „Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche“ werden ausschließlich lebensraumtypische Baumarten angepflanzt oder gesät; auf mindestens 80 % der Verjüngungsfläche sind dabei lebensraumtypische Hauptbaumarten zu verwenden,
 - g) bei künstlicher Verjüngung in Beständen des Lebensraumtyps 9120 „Atlantische bodensaure Buchen-Eichenwälder mit Stechpalme“ werden auf mindestens 90 % der Verjüngungsfläche lebensraumtypische Baumarten angepflanzt oder gesät.
4. Auf allen übrigen in den maßgeblichen Verordnungskarten gekennzeichneten Waldflächen mit Laubbauarten (Fortpflanzungs- und Ruhestätten der unter § 3 Abs. 3 Nr. 3a genannten Fledermausart), die keinen Lebensraumtyp darstellen, gilt:
- a) bei Holzeinschlag ist ein vorhandener Altholzanteil auf mindestens 20 % der Waldfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers zu belassen oder zu entwickeln,
 - b) je vollem Hektar Waldfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers sind mindestens sechs lebende Altholzbäume dauerhaft als Habitatbäume zu markieren bis zu ihrem natürlichen Zerfall im Bestand zu belassen und nach ihrem Absterben neu auszuwählen,

- c) bei Fehlen von Altholzbäumen sind ab der dritten Durchforstung oder mindestens 30 cm Brusthöhen-durchmesser der 20 % stärksten Bäume auf mindestens 5 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers je vollem Hektar Teilflächen zur Entwicklung von Habitatbäumen (Habitatbaumanwarter) dauerhaft zu markieren,
 - d) der Holzeinschlag und das Rücken in Altholzbeständen sind in der Zeit vom 01.03. bis 31.08. eines jeden Jahres nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig,
 - e) bei künstlicher Verjüngung werden ausschließlich standortgerechte Laubbaumarten angepflanzt oder gesät,
 - f) der flächige Einsatz von Herbiziden und Fungiziden unterbleibt vollständig; zulässig ist ein Einsatz von sonstigen Pflanzenschutzmitteln nach vorheriger Anzeige mindestens 10 Werktage vor Maßnahmenbeginn bei der zuständigen Naturschutzbehörde, wenn eine erhebliche Beeinträchtigung i. S. d. § 33 Abs. 1 Satz 1 und des § 34 Abs. 1 BNatSchG nachvollziehbar belegt ausgeschlossen ist,
 - g) eine Entwässerungsmaßnahme ist nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.
5. Auf allen in den maßgeblichen Verordnungskarten gekennzeichneten Waldflächen des Schutzgebietes gilt:
- a) die Unterhaltung, Instandsetzung und Neuerrichtung von Zäunen und Gattern zur Neu-, Wiederbegründung und zur Naturverjüngung von Waldflächen sind zulässig,
 - b) der Holzeinschlag und das Rücken in Laubholzbeständen außerhalb der Altholzbestände und in Nadelholzbeständen sind unter Beachtung artenschutzrechtlicher Belange ganzjährig zulässig,
 - c) der Abtransport von an Wegrändern und/oder auf Polterplätzen zwischengelagerten Holzes ist ganzjährig zulässig,
 - d) die Unterhaltung der Waldwege einschließlich des Einbaus von nicht mehr als 100 kg milieugepasstem Material pro Quadratmeter ist zulässig,
 - e) die Instandsetzung von Waldwegen bedarf der schriftlichen Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn,
 - f) der Neu- oder Ausbau von Waldwegen ist nur nach Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig,
 - g) das Aufstellen und die Nutzung von Waldarbeiter-schutzwagen sind zulässig
 - h) artenschutzrechtliche Regelungen zum Schutz von Horst- und Höhlenbäumen und sonstigen Fortpflanzungs-, Aufzucht- und Ruhestätten bleiben von dieser Verordnung unberührt.
6. Maßnahmen nach Nr. 1 f) bis i) und Nr. 5 e) und f) sind
- von der Anzeigepflicht und dem Zustimmungsvorbehalt freigestellt, wenn und solange der Zeitpunkt und die Dauer der Maßnahme sowie die Art ihrer Durchführung durch einen von der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren Zustimmung erstellten Bewirtschaftungsplan i. S. des § 32 Abs. 5 BNatSchG festgelegt sind.
- (5) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung nach den Grundsätzen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG), des BNatSchG sowie nach folgenden aus dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen gemäß § 3 dieser Verordnung hergeleiteten Vorgaben:
1. Die Unterhaltung an und in Gewässern II. Ordnung erfolgt in der Zeit vom 01.08. bis zum 31.12. eines jeden Jahres; Abweichungen von der zeitlichen Vorgabe bedürfen der vorherigen Anzeige beim zuständigen Landkreis.
 2. Die Unterhaltung an und in Gewässern III. Ordnung, erfolgt in der Zeit vom 01.10. bis zum 31.12. eines jeden Jahres; Abweichungen von der zeitlichen Vorgabe bedürfen der vorherigen Anzeige beim zuständigen Landkreis.
 3. Die Krautung der Gewässersohle findet einseitig oder in Form einer Mittelrinne mit Entfernung des Mähgutes aus dem Gewässerquerschnitt statt; Abweichungen bedürfen der vorherigen Anzeige beim zuständigen Landkreis.
 4. Die Böschungspflege findet jährlich alternierend einseitig oder jährlich alternierend beidseitig abschnittsweise durch Mahd mit Entfernung des Mähgutes aus dem Gewässerquerschnitt oder in Form einer Mulchung statt; Abweichungen bedürfen der vorherigen Anzeige beim zuständigen Landkreis.
 5. Sohlräumungen sowie Ein- und Ausbau von Materialien bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde.
 6. Zur Sicherung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses ist im Bereich von Brücken und Durchlässen das Herausnehmen von Abflusshindernissen (z. B. Aufsandungen, Äste, Laub, etc.) freigestellt.
 7. Zur Bekämpfung des Bisams dürfen nur selektiv fangende Fallen mit Eingangsöffnungen von maximal 8,5 cm Durchmesser bzw. einer Breite und Höhe von jeweils maximal 8,5 cm eingesetzt werden; die Verwendung von Schlagfallen zum Bisamfang ist nur nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor ihrer Verwendung und auch nur dann erlaubt, wenn diese so geschützt sind, dass andere Arten nicht getötet werden.
 8. Soweit der Unterhaltungspflichtige dem zuständigen Landkreis bis zum 01.02. eines jeden Jahres einen Unterhaltungsplan über alle im Unterhaltungsjahr geplanten Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches dieser Verordnung vorlegt, kann der Unterhaltungspflichtige seinen Anzeigepflichten bzw. der Einholung der Zustimmung nach der Nr. 7 gesammelt nachkommen.
- (6) Freigestellt sind die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd sowie Maßnahmen des Jagdschutzes im Sinne des Schutzzwecks gemäß § 3 und gemäß § 2 dieser Verordnung

nung und nach folgenden aus dem Schutzzweck abgeleiteten Vorgaben:

1. Die Neuanlage von Wildäsungsflächen in den unter § 3 Absatz 3 genannten FFH-Lebensraumtypen (Anhang I FFH-Richtlinie) bedarf der Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde; sie unterbleibt in gesetzlich geschützten Biotopen gemäß § 30 BNatSchG.
 2. Die Neuanlage von mit dem Boden festverbundenen Hochsitzen erfolgt nur nach schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme und ausschließlich im räumlichen Verbund mit vorhandenen, etwa gleich hohen Gehölzen.
 3. Das Aufstellen von nicht mit dem Boden fest verbundenen Anstzeinrichtungen außerhalb von gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopen und den unter § 3 Absatz 3 dieser Verordnung genannten FFH-Lebensraumtypen ist zulässig, wenn sie im Verbund mit vorhandenen, etwa gleich hohen Gehölzen aufgestellt werden.
 4. Das Aufstellen von nicht mit dem Boden fest verbundenen Anstzeinrichtungen in gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopen und den unter § 3 Absatz 3 dieser Verordnung genannten FFH-Lebensraumtypen ist auf boden- und vegetationsschonende Weise sowie nach schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme zulässig; in der Zeit vom 15.07. bis 28.02. des Folgejahres besteht keine Anzeigepflicht.
 5. Im gesamten Schutzgebiet unterbleibt der Einsatz von Schlagfallen.
 6. Bei der Fallenjagd sind nur abgedunkelte Lebendfallen (z. B. Betonrohrfallen, jedoch keine Draht- oder Gitterkastenfallen) erlaubt, sofern sichergestellt ist, dass sie täglich bzw. bei elektronischem Signal unverzüglich geleert werden.
 7. Der Einsatz von Fallen in unter § 3 Absatz 3 dieser Verordnung genannten FFH-Lebensraumtypen und in gesetzlich geschützten Biotopen gemäß § 30 BNatSchG erfolgt nur nach schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme.
 8. Die zuständige Naturschutzbehörde stimmt im Einvernehmen mit der unteren Jagdbehörde Ausnahmen von diesen Regelungen zu, sofern dies nicht dem Schutzzweck dieser Verordnung zuwiderläuft.
- (7) Freigestellt ist die ordnungsgemäße fischereiliche Nutzung gemäß des Niedersächsischen Fischereigesetzes und der Binnenfischereiordnung im bisherigen Umfang unter größtmöglicher Schonung der natürlichen Lebensgemeinschaften, insbesondere der natürlich vorkommenden Sohlstrukturen, der Wasser- und Schwimmblattvegetation sowie der Gewässerufer und nachfolgenden Vorgaben:
1. In Fließgewässern findet eine fischereiliche Nutzung ausschließlich außerhalb des Waldes und nur mit Handangeln statt.
 2. Der Besatz in Fließgewässern ist nur mit an die Gewässer angepassten Arten, die zudem in der Binnenfischereiordnung enthalten sind und nach vorheriger An-

zeige mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn zulässig.

- (8) Die zuständige Naturschutzbehörde kann bei den in den Absätzen 2 bis 6 genannten Fällen die erforderliche Zustimmung erteilen, wenn und soweit keine Beeinträchtigungen oder nachhaltige Störungen des LSG oder seiner für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteile zu erwarten sind. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen hinsichtlich Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.
- (9) Die zuständige Naturschutzbehörde kann bei den in den Absätzen 2 bis 6 genannten Fällen der Anzeigepflicht die erforderlichen Anordnungen treffen, um die Einhaltung des Schutzzweckes dieser Verordnung sicher zu stellen. Sie kann insbesondere Regelungen hinsichtlich Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise treffen. Im Einzelfall kann die zuständige Naturschutzbehörde die Durchführung der angezeigten Handlungen bzw. Maßnahmen untersagen, wenn der Schutzzweck dieser Verordnung beeinträchtigt wird.
- (10) Weitergehende Vorschriften zum Schutz geschützter Landschaftsbestandteile gemäß § 29 BNatSchG i. V. m. § 22 NAGBNatSchG, gesetzlich geschützter Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG, des allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 BNatSchG und des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG bleiben von dieser Verordnung unberührt.
- (11) Rechtmäßig bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben unberührt.

§ 6 Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 67 BNatSchG i. V. m. § 41 NAGBNatSchG Befreiung gewähren.
- (2) Eine Befreiung zur Realisierung von Plänen oder Projekten kann gewährt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 26 NAGBNatSchG als mit dem Schutzzweck dieser Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 bis 6 BNatSchG erfüllt sind.

§ 7 Anordnungsbefugnisse

Gemäß § 2 Abs. 2 NAGBNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des bisherigen Zustands anordnen, wenn gegen die Verbote des § 4 oder die Zustimmungs- bzw. Anzeigepflichten des § 5 dieser Verordnung verstoßen wurde und Natur oder Landschaft rechtswidrig zerstört, beschädigt oder verändert worden sind.

§ 8 Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigte haben die Durchführung von folgenden durch die zuständige Naturschutzbehörde angeordneten oder angekündigten Maßnahmen zu dulden, soweit hierdurch die Nutzung des Grundstücks nicht unzumutbar beeinträchtigt wird:

1. das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung des LSG und seiner Wege sowie zur weiteren Information über das LSG,
 2. Untersuchungen zur Pflege, Entwicklung, Erhaltung und Wiederherstellung des LSG oder einzelner seiner Bestandteile,
 3. Maßnahmen zur Pflege, Entwicklung, Erhaltung und Wiederherstellung des LSG oder einzelner seiner Bestandteile,
 4. Maßnahmen zur Erreichung der Schutz- und Erhaltungsziele gemäß § 3 dieser Verordnung, die – soweit erforderlich – in einem unter Beteiligung der Grundeigentümerin oder des Grundeigentümers erarbeiteten Managementplan, Maßnahmenplan, Maßnahmenblatt oder Pflege- und Entwicklungsplan dargestellt sind,
 5. das Markieren von Habitatbäumen und von Teilflächen zur Entwicklung von Habitatbäumen.
- (2) Die §§ 15 und 39 NAGBNatSchG sowie § 65 BNatSchG bleiben von dieser Verordnung unberührt.

§ 9

Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Die in den §§ 4 und 5 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen entsprechen in der Regel Maßnahmen zur Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der im LSG vorkommenden Lebensraumtypen gemäß Anhang I und Tierarten gemäß Anhang II der FFH-Richtlinie.
- (2) Die in § 8 dieser Verordnung beschriebenen Maßnahmen dienen darüber hinaus der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der im LSG vorkommenden Lebensraumtypen gemäß Anhang I und Tierarten gemäß Anhang II der FFH-Richtlinie.
- (3) Als Instrumente zur Umsetzung der in § 8 dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere
 1. Pflege-, Entwicklungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde,
 2. freiwillige Vereinbarungen, insbesondere im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
 3. Einzelfallanordnungen nach § 15 NAGBNatSchG.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt gemäß § 69 Abs. 8 BNatSchG in Verbindung mit § 43 Abs. 3 Nr. 4 NAGBNatSchG, wer, ohne dass eine Freistellung gemäß § 5 vorliegt oder eine Befreiung gemäß § 6 erteilt wurde, vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten des § 4 dieser Verordnung zuwiderhandelt.
- (2) Eine Ordnungswidrigkeit nach Abs. 1 kann gemäß § 43 Abs. 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 € geahndet werden.
- (3) Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 43 Abs. 3 NAGBNatSchG begangen worden, so können gemäß § 72 BNatSchG i. V. m. § 44 NAGBNatSchG Gegenstände, auf

die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht und die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht wurden, eingezogen werden.

§ 11

Begriffsbestimmungen

| | |
|----------------------------------|--|
| Abtransport von Holz | Transport des zwischengelagerten Holzes am Weg oder Polterplatz aus dem Wald heraus |
| Altholzanteil | Bei Vor- und Endnutzung zu erhaltender Anteil erwachsener Bäume, die als Reserve für den Erhalt der an Altholz gebundenen Lebensgemeinschaft auf der LRT-Fläche jedes Eigentümers verbleiben sollen |
| Altholzbestand | Bestand, dessen Bäume regelmäßig einen Bruthöhendurchmesser von mindestens 50 cm und/oder ein Alter von mehr als 100 Jahren aufweisen. Bei Laubholz mit niedriger Umtriebszeit wie Erle liegt die entsprechende Untergrenze für den Bruthöhendurchmesser bei 30 cm und für das Alter ab 60 Jahren |
| Befahrungsempfindlicher Standort | Standort, der aufgrund seiner Bodenart (z. B. Löss, Lehme) oder des Wasserhaushaltes (z. B. Quellbereiche, nasse Grundwasserstandorte, staunasse Standorte) durch Befahren in seiner Bodenstruktur erheblich gestört oder verändert werden kann. Ein Befahren ist oft nur bei sommerlicher Trockenheit oder bei Frost möglich. Nicht befahrungsempfindliche Standorte sind z. B. ebene Lagen, Bereiche ohne hoch anstehendes Grundwasser und/oder ohne Stauwasser |
| Feinerschließungslinie | Unterste Kategorie der Walderschließung (auch als Rückegasse oder Gasse bezeichnet). Nicht mit Bäumen bestandene, unbefestigte Fahrlinie zum Transport des eingeschlagenen Holzes aus dem Bestand heraus zum befestigten Weg. Eine Feinerschließungslinie kann in schwierigem Gelände auch als nicht zu befahrende Seiltrasse angelegt sein. Zur Vermeidung unnötiger Produktionsflächenverluste orientiert sich deren Breitenausdehnung an der jeweils gängigen Maschinenbreite |
| Femelhieb | Entnahme von Bäumen auf einer Fläche von einer Gruppengröße (Durchmesser 10 bis 20 m) bis Horstgröße (Durchmesser 20 bis 40 m) in unregelmäßiger Verteilung über die Bestandsfläche einschließlich deren sukzessiver Vergrößerung (Rändelung) mit dem Ziel der Verjün- |

| | | | | |
|--------------------------------|--|----------------------------|--|--|
| | gung des Bestandes. | | | Satz 1 NWaldLG, die sich auf eine zusammenhängende Waldfläche von mehr als einem Hektar erstreckt und den Holzvorrat dieser Fläche auf weniger als 25 vom Hundert verringert |
| Habitatbaum | Lebender Altholzbaum mit besonderen Strukturen: Horst- und Höhlenbäume, breitkronige Hutebäume, mehrstämmige Bäume, Bäume mit erkennbaren Faulstellen und Mulmhöhlen, sich lösender Rinde, Pilzkonsolen, abgebrochenen Kronen oder Kronen, die zu mehr als einem Drittel abgestorben sind, sowie Uraltbäume, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer großen Dimensionen mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits holzentwertende Fäulen aufweisen | Lebensraumtypisch | | Eine Art wird als lebensraumtypisch bezeichnet, wenn sie charakteristisch für einen Lebensraumtyp nach FFH-Richtlinie ist. |
| | | Lochhieb | | Hiebsform zur Einleitung der Walderneuerung nach einer Mast oder vor einer Pflanzung vor allem in Eichen-Lebensraumtypen, bei der, i.d.R. meist kreisförmige Freiflächen mit dem Durchmesser mindestens einer Baumlänge, maximal 50 m, geschaffen werden, die im Abstand von ungefähr einer Baumlänge zueinander liegen können. In Eiche sind Einzelbaum- und Femelhiebe nicht zielführend |
| Habitatbaumanwärter | Möglichst alter Baum, der derzeit noch keine besonderen Habitatstrukturen aufweist, aber mittel- bis langfristig gut dafür geeignet erscheint | | | |
| Historisch alter Wuchsstandort | In der Gegenwart vorhandener Waldstandort, der seit ca. mehr als 200 Jahren mehr oder weniger kontinuierlich als Waldfläche genutzt worden ist | Milieuangepasstes Material | | Natürliches Gesteinsmaterial entsprechend der örtlichen Ausgangsgesteine |
| Holzeinschlag | Abtrennen von Bäumen von ihrer Wurzel, Zu-Fall-Bringen, Entasten und Einschneiden auf Transportlängen | Rücken | | Transport des gefällten Holzes vom Fällort zum Ort der Zwischenlagerung am Weg oder Polterplatz |
| Holzentnahme | Umfasst den Holzeinschlag, das Rücken und den Abtransport des Holzes aus dem Wald | Standortgerecht | | Eine Art wird hier als standortgerecht bezeichnet, wenn die gegebenen Standortbedingungen den ökologischen Ansprüchen der Art entsprechen. |
| Höhlenbaum | Baum mit Höhlen im Stamm- und/oder Kronenbereich. Besondere Bedeutung haben Spechthöhlen und Fäulnislöcher auch für zahlreiche z. T. hochspezialisierte Folgenutzer. Neben höhlenbrütenden Vogelarten, wie z.B. den heimischen Specharten, den Hohltauben und Käuzen, sind Fledermäuse, Baumratter, Bilche und Insekten, wie Wildbienen, Hornissen und holzbewohnende Käfer auf derartige Höhlen angewiesen | Straßen und Wege, Ausbau | | Liegt vor, wenn neues Material mit dem Ziel einer Verbesserung der Befahrbarkeit/Belastbarkeit zu erreichen, eingebaut wird |
| | | Straßen und Wege, Neubau | | Liegt vor, wenn in bisher nicht erschlossenen Bereichen ein neuer Weg entsteht |
| | | Totholz | | Abgestorbene Bäume oder Baumteile und deren Überreste mit mehr oder weniger fortgeschrittenen Zerfallserscheinungen (im Unterschied zu Habitatbäumen, die noch leben). Unterteilung in stehendes Totholz (noch stehende Stämme) und liegendes Totholz (auf dem Boden liegende Stämme und Äste). Nicht unter diese Definition für Totholz fallen Bäume, die aufgrund biotischer oder abiotischer Ursachen frisch abgestorben sind |
| Horstbaum | Baum mit einem i. d. R. größeren Vogelnest, insbesondere von Greifvögeln und anderen Großvögeln, das von einem Paar einer Vogelart üblicherweise wiederkehrend als Brut- und Aufzuchtstätte genutzt wird oder von einem anderen Paar derselben Art, einem Paar einer anderen Art oder einer anderen Tiergruppe weiter genutzt wird. Auch kleinere Nester, wie die des Sperbers, sind mit einbezogen Zu den horstbauenden und horstnutzenden Arten zählen die heimischen Vertreter folgender Vogelfamilien: Greifvögel (Accipitridae), Falken (Falconidae), Eulen (Strigidae), Störche (Ciconiidae) und Reiher (Ardeidae). | Totholz, starkes | | Abgestorbene stehende oder liegende Bäume oder Teile von Bäumen mit einem Mindestdurchmesser von 50 cm. Für die Mindestanforderungen gezählt werden Stücke ab 3 m Länge; bei Laubholz mit niedriger Umtriebszeit wie Erle liegt die entsprechende Untergrenze für den Mindestdurchmesser bei 30 cm. |
| Kahlschlag | Hiebmaßnahme gemäß § 12 Abs. 1 | | | |

| | |
|-------------------------|--|
| Trampelpfad | Unbefestigter Weg unter 1 Meter Breite |
| Verjüngung, künstliche | Einbringung und Pflege von i. d. R. nicht aus der Fläche stammenden Vermehrungsgut (Samen und Jungpflanzen) durch Pflanzung oder Saat |
| Waldweg | Befestigter, in der Regel wassergebundener Teil der Walderschließung |
| Waldweg, Instandsetzung | Beinhaltet maschinelle Maßnahmen am Wegekörper zur Substanzerhaltung und Wiederherstellung abgenutzter Deckschichten mit Zuführung von milieugepasstem Material (> 100 kg/qm), die Reparatur von Tragschichten, die Wiederherstellung des Querprofils und die Wiederherstellung der Wasserführung. Materialverlagerungen in den Wald sind zu unterlassen. |
| Waldweg, Unterhaltung | Beinhalten maschinelle Maßnahmen am Wegekörper zur Substanzerhaltung ohne wesentliche Materialgaben (Zuführung bis max. 100kg/qm milieugepasstem Material), die Rückgewinnung von Deckschichtmaterial aus dem Wegeseitenraum und die Wiederherstellung des Querprofils mit Schadensbeseitigung sowie die Reparatur der Wasserführung inkl. der Unterhaltung und des Ersatzes von Durchlassbauwerken; eingeschlossen sind das Glattziehen (Grädern) nach Holzurückarbeiten unmittelbar nach deren Abschluss |
| Wildäsungsflächen | Beinhalten u.a. Wildäcker |

§ 12 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in den Amtsblättern für den Landkreis Osnabrück und den Landkreis Emsland in Kraft.

Osnabrück, den 17.09.2018

Landkreis Osnabrück
Dr. Michael Lübbersmann
Landrat

(Karte liegt bei)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

26

Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Kammolchbiotop Palsterkamp" in der Stadt Osnabrück und der Gemeinde Belm im Landkreis Osnabrück vom 11.02.2020

Aufgrund der §§ 20 Abs. 2 Nr. 4, 22 Abs. 1 und 2, 26, 32 Abs. 2 und 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom

29.7.2009 (BGBl. I S. 2542) zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) i. V. m. den §§ 14, 15, 19, 23 und 32 Abs. 2 Nds. Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.2.2010 (Nds. GVBl. S. 104) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.10.2018 (NDS. GVBl. S. 220, 2019 S. 26) wird im Einvernehmen mit dem Landkreis Osnabrück verordnet:

§ 1 Landschaftsschutzgebiet

- (1) Das in den Absätzen 2 und 3 näher bezeichnete Gebiet wird zum Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Kammolchbiotop Palsterkamp“ erklärt.
- (2) Die östliche Hälfte des Gebietes befindet sich im Landkreis Osnabrück auf dem Gebiet der Gemeinde Belm, der westliche Teil innerhalb der kreisfreien Stadt Osnabrück.
- (3) Die Grenze des LSG ergibt sich aus der maßgeblichen und mitveröffentlichten Karte im Maßstab 1:5000 (Anlage 1). Sie verläuft entlang der Innenseite der schwarzen Linie des in der maßgeblichen Karte dargestellten grauen Rasterbandes. In der maßgeblichen Karte ist auch die Lage des LSG im Maßstab 1:50.000 ersichtlich. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Die Verordnung und die maßgebliche Karte können von jedermann während der Dienststunden beim Landkreis Osnabrück, der Gemeinde Belm und der Stadt Osnabrück – Untere Naturschutzbehörde – unentgeltlich eingesehen werden.
- (4) Das LSG ist identisch mit dem Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) „Kammolchbiotop Palsterkamp“ (DE 3614-332, Landesinterne Nr. 336) gemäß der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) des Rates vom 21.5.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7; 1996 Nr. L 59 S. 63), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.5.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193).
- (5) Das LSG hat eine Größe von ca. 64 ha.

§ 2 Gebietscharakter

Das LSG liegt im Naturraum „Osnabrücker Hügelland“ und in der naturräumlichen Haupteinheit „Weser- und Weser-Leine-Bergland“. Die östliche Hälfte des Gebietes befindet sich im Landkreis Osnabrück auf dem Gebiet der Gemeinde Belm, der westliche Teil innerhalb der kreisfreien Stadt Osnabrück. Der großflächig von Buchenwald und Eichenmischwald bewachsene Kleeberg wird vorwiegend forstwirtschaftlich genutzt. Waldmeister-Buchenwälder und Hainsimsen-Buchenwälder weisen repräsentative Bestände auf, eingestreut sind Fichtenbestände. Innerhalb einer Talsenke stockt im Osten ein Erlen-Eschen-Quellwald. Im Westen ist die Senke weniger ausgeprägt und beherbergt einen feuchten Eichen- und Hainbuchen-Mischwald.

Innerhalb des LSG befinden sich drei Tümpel. Zwei der Tümpel sind nachgewiesene Laichhabitate des Kammolches (*Triturus cristatus*). Zusammen mit den umgebenden Laub- und Laubmischwäldern, den übrigen Wäldern, Gebüsch, Brachflächen und Grünlandflächen stellen die Gewässer einen wertvollen Gesamtlebensraum für den Kammolch dar. Die Tümpel werden durch Quell- und Niederschlagswasser

gespeist. Quellige Bereiche befinden sich vor allem im Ostteil des Gebietes, diese stellen die maßgebliche Wasserversorgung für die feuchte und zumindest zeitweise überstaute Tal-senke dar, die das Gebiet von Osten nach Westen durchzieht und aus der ein temporärer Bach aus dem Gebiet abfließt.

Folgende im Gebiet vorkommende Biotope sind gem. § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG gesetzlich geschützt: Sonstige naturnahe nährstoffreiches Stillgewässer, naturna-her Bach des Berg- und Hügellandes mit Feinsubstrat, Erlen-und Eschen-Quellwald sowie ein Waldtümpel.

Das als Waldtümpel bezeichnete Kleingewässer auf dem Ge-biet des Landkreises Osnabrück ist darüber hinaus im Zusam-menhang mit angrenzenden Bereichen als Naturdenkmal (ND OS 213) ausgewiesen worden.

§ 3

Besonderer Schutzzweck

(1) Die Erklärung zum LSG bezweckt insbesondere

1. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Stillgewässern im Gebiet als Laichgewässer und aqua-tische Lebensräume des Kammmolches sowie die Vernetzung der Gewässer,
2. der Erhalt und die Entwicklung der an die Stillgewässer angrenzenden Landlebensräume des Kammmolches,
3. die Erhaltung der Quellen im Gebiet, insbesondere der Quelle, die das Stillgewässer südlich der Hofstelle Meyer-Osterhues speist sowie deren Überlauf in das Tal des temporären Baches,
4. die Erhaltung feuchter und quelliger Standortverhält-nisse innerhalb der Senke, die das Gebiet von Osten nach Westen durchzieht,
5. die Erhaltung und die Entwicklung naturnaher Buchen waldkomplexe, Eichen- und Hainbuchenwälder feuch-ter und mäßig trockener bis frischer Standorte und Er-len- Eschenwälder quelliger Standorte,
6. die Erhaltung und Entwicklung von Habitatbäumen und Altholzinseln,
7. die Erhaltung und Entwicklung magerer bis mäßig nährstoffreicher, extensiv genutzter Grünlandflächen,
8. die Erhaltung der weitgehenden Ruhe und Ungestört-heit des Schutzgebietes.

(2) Das LSG ist Teil des kohärenten europäischen ökologi-schen Netzes „Natura 2000“. Die Unterschutzstellung trägt dazu bei, den günstigen Erhaltungszustand der maßgebli-chen Art Kammmolch und der maßgeblichen Lebensraum-typen im FFH-Gebiet zu erhalten oder wiederherzustellen.

(3) Erhaltungsziele des FFH-Gebietes im LSG sind die Erhal-tung und die Wiederherstellung eines günstigen Erhal-tungszustandes

1. insbesondere der Tierart

Kammmolch (*Triturus cristatus*)

als vitale, langfristig sich selbst tragende Population, die das Schutzgebiet in miteinander vernetzten kleineren bis mittelgroßen Stillgewässern im Verbund zu weiteren Vor-

kommen nutzt; die Gewässer führen dauerhaft Wasser, weisen ausgedehnte Flachwasserzonen sowie submerse und emerse Vegetation auf, sind mäßig verkrautet, fisch-frei, nährstoffarm, unbeschattet und von geeigneten Land-habitaten (Brachland, extensives Grünland und Gehölz-strukturen, totholzreiche Wälder) umgeben,

2. insbesondere des prioritären Lebensraumtyps (Anhang I FFH-Richtlinie)

91E0 Auenwälder mit Erle, Esche und Weide

als naturnahe, feuchte bis nasse Erlen- und Erlen-Eschen-wälder in Quell- und Sumpfbereichen auf Standorten mit hohen Grundwasserständen und ggf. periodischen Über-flutungen und abwechslungsreichen Boden- und Gelände-strukturen wie Senken, Rinnen oder Tümpeln mit allen Al-ters- und Zerfallsphasen in mosaikartigem Wechsel, mit standortgerechten, lebensraumtypischen Laubbaumarten (Schwarzerle und Esche als Hauptbaumarten sowie ver-einzelt Weidenarten, Stieleiche und Hainbuche als Neben-baumarten), einem hohen Anteil an Alt- und Totholz, Höh-lenbäumen und anderen Habitatbäumen, einer lebens-raumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielgestalti-gen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tierarten wie Waldschnepfe (*Scolopax rusticola*) und Pflanzenarten wie Bitteres Schaumkraut (*Cardamine ama-ra*), Waldsegge (*Carex acutiformis*), Winkel-Segge (*Carex remota*), Sumpf-Pippau (*Crepis paludosa*), Rasen-Schmiele (*Deschampsia cespitosa*), Hain-Gilbweiderich (*Lysimachia nemorum*) und Kleiner Baldrian (*Valeriana dioica*),

3. insbesondere der übrigen Lebensraumtypen (Anhang I FFH-Richtlinie)

a) 9110 Hainsimsen-Buchenwälder

als naturnahe, strukturreiche Buchenwälder auf basen-armen Silikatböden mit allen Alters- und Zerfallsphas-en in mosaikartigem Wechsel, mit standortgerechten, lebensraumtypischen Laubbaumarten (Rotbuche als Hauptbaumart sowie Stieleiche, Eberesche und Hain-buche als Nebenbaumarten), einem hohen Anteil an Alt- und Totholz, Höhlenbäumen und anderen Habitat-bäumen, einer lebensraumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielgestaltigen Waldrändern ein-schließlich ihrer charakteristischen Tierarten wie Schwarzspecht (*Dryocopus martius*), Hohltaube (*Columba oenas*), Buntspecht (*Picoides major*) und Trau-erschnäpper (*Ficedula hypoleuca*) und charakteristi-schen Pflanzenarten wie Pillen-Segge (*Carex pilulife-ra*), Draht-Schmiele (*Deschampsia flexuosa*), Dornfarn (*Dryopteris carthusiana*), Schattenblümchen (*Maian-themum bifolium*), Sauerklee (*Oxalis acetosella*), Hei-delbeere (*Vaccinium myrtillus*) und Flattergras (*Milium effusum*),

b) 9130 Waldmeister-Buchenwälder

als naturnahe, strukturreiche Buchenwälder auf mehr oder weniger basenreichen Standorten mit allen Al-ters- und Zerfallsphasen in mosaikartigem Wechsel, mit standortgerechten, lebensraumtypischen Laubbau-marten (Rotbuche als Hauptbaumart sowie Esche, Vo-gel-Kirsche, Stieleiche und Hainbuche als Nebenbau-marten), einem hohen Anteil an Alt- und Totholz, Höh-lenbäumen und anderen Habitatbäumen, einer lebens-raumtypischen Kraut- und Strauchschicht und vielge-

staltigen Waldrändern einschließlich ihrer charakteristischen Tierarten wie Schwarzspecht (*Dryocopus martius*), Hohltaube (*Columba oenas*), Buntspecht (*Picoides major*) und Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*) und charakteristischen Pflanzenarten wie Waldmeister (*Galium odoratum*), Wald-Veilchen (*Viola reichenbachiana*), Wald-Segge (*Carex sylvatica*), Vielblütige Weißwurz (*Polygonatum multiflorum*) und Hohe Schlüsselblume (*Primula elatior*) und

c) 6510 Magere Flachland-Mähwiesen

als artenreiche, nicht oder wenig gedüngte Mähwiesen bzw. wiesenartige Extensivweiden auf von Natur aus mäßig feuchten bis mäßig trockenen Standorten mit natürlichem Relief in landschaftstypischer Standortabfolge, teilweise im Komplex mit landschaftstypischen Gehölzen (Hecken, Gebüsche, Baumgruppen, alte Obstbaumbestände) einschließlich ihrer charakteristischen Tierarten wie Schafstelze (*Motacilla flava*), Feldlerche (*Alauda arvensis*) und Rebhuhn (*Perdix perdix*) und Pflanzenarten wie Gewöhnliche Schafgarbe (*Achillea millefolium*), Gewöhnliches Ruchgras (*Anthoxanthum odoratum*), Wiesen-Schaumkraut (*Cardamine pratensis*), Wiesen-Bärenklau (*Heracleum sphondylium*), Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*), Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus acris*), Breitblättriger Ampfer (*Rumex acetosa*), Kleiner Klee (*Trifolium dubium*) und Rot-Klee (*Trifolium pratense*)

als die für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile

- (4) Die Umsetzung der vorgenannten Erhaltungsziele insbesondere auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen sowie von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen kann aufbauend auf die nachfolgenden Schutzbestimmungen auch durch Angebote des Vertragsnaturschutzes unterstützt werden.

§ 4 Verbote

- (1) Gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG sind im LSG alle Handlungen verboten, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes gemäß § 2 dieser Verordnung verändern oder dem besonderen Schutzzweck des § 3 dieser Verordnung zuwiderlaufen. Gemäß § 33 Absatz 1 BNatSchG sind alle Handlungen unzulässig, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Natura 2000-Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele und den Schutzzweck dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteile führen können.
- (2) Soweit § 5 und § 6 dieser Verordnung keine anderen Regelungen enthalten, sind insbesondere folgende Handlungen untersagt:
1. das LSG außerhalb der Straßen und Wege zu betreten und zu befahren; Rückegassen und Trampelpfade gelten nicht als Wege,
 2. die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder diese dort abzustellen,
 3. Hunde abseits der Wege unangeleint laufen zu lassen oder in den Gewässern schwimmen zu lassen; die Verordnung über den Leinenzwang zum Schutz Erholungssuchender und wild lebender Tiere im Gebiet der

Stadt Osnabrück vom 25. September 2007 (Amtsblatt 2007, S. 101 f.), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. November 2013 bleibt unberührt,

4. das Reiten abseits von Fahrwegen und ausgewiesenen Reitwegen,
5. Wohnwagen oder andere für die Unterkunft geeignete Fahrzeuge aufzustellen, zu zelten, zu lagern, zu grillen oder offenes Feuer zu entzünden,
6. wild lebende Tiere zu beunruhigen, zu fangen, zu töten oder zu entnehmen, wildwachsende Pflanzen zu zerstören oder zu entnehmen oder die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören,
7. die Lebensstätten der wild wachsenden Pflanzen und wild lebenden Tiere zu beeinträchtigen, insbesondere Gewässer einschließlich deren Uferzone und sonstiger Feuchthflächen zu verunreinigen, zu verfüllen, zu beseitigen oder zu schädigen,
8. Weihnachtsbaumkulturen, Kurzumtriebsplantagen oder andere Sonderkulturen anzulegen,
9. liegendes Totholz, Wurzelteller und Baumstubben zu entfernen oder umzulagern,
10. Erstaufforstungen und Gehölzpflanzungen anzulegen,
11. Wald in eine andere Nutzungsart umzuwandeln,
12. den Nadelholzanteil zu erhöhen,
13. Grünland in Acker umzuwandeln,
14. das Bodenrelief zu verändern,
15. Wasser aus Gewässern zu entnehmen, den Grundwasserstand abzusenken, das LSG zusätzlich zu entwässern und die Wasserspende der Quellen zu verringern,
16. gentechnisch veränderte Organismen einzubringen,
17. Pflanzen oder Tiere, insbesondere invasive Arten auszubringen oder anzusiedeln,
18. Stoffe aller Art (wie z.B. Müll, Schutt, Grünabfälle und sonstige Abfälle sowie Bodenbestandteile) zu lagern, aufzuschütten oder einzubringen.
19. der Neu- und Ausbau von Straßen und Wegen,
20. bauliche Anlagen aller Art wesentlich zu verändern oder zu errichten, auch soweit keine Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde oder sonstige Genehmigung / Erlaubnis erforderlich ist oder nur vorübergehender Art ist,
21. Leitungen aller Art zu errichten und zu verlegen.

§ 5 Freistellungen

- (1) Die in den Abs. 2 bis 5 aufgeführten Handlungen oder Nutzungen sind von den Verböten des § 4 dieser Verordnung freigestellt.

(2) Allgemein freigestellt sind

1. das Betreten und Befahren des Gebietes
 - a) durch die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sowie deren Beauftragte zur rechtmäßigen Nutzung oder Bewirtschaftung der Grundstücke,
 - b) durch Bedienstete der Naturschutzbehörden sowie deren Beauftragte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben,
 - c) durch Bedienstete anderer Behörden und öffentlicher Stellen sowie deren Beauftragte zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben dieser Behörden; die Durchführung von Maßnahmen bedarf der schriftlichen Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens ein Monat vor Beginn,
 - d) im Rahmen der Handlungen nach den folgenden Nrn. 2 bis 3,
2. wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie Information und Bildung mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
3. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung sowie Untersuchung und Kontrolle des Gebietes im Auftrag oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren vorheriger Zustimmung,
4. fachgerecht durchgeführte Pflege von Gehölzen zum Erhalt des Lichtraumprofils an Straßen und Wegen,
5. fachgerecht durchgeführte Maßnahmen an Gehölzen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit oder zur Gefahrenabwehr an Straßen und Wegen im notwendigen Umfang nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde; in Fällen einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr, die ein sofortiges Handeln erfordert, ist die zuständige Naturschutzbehörde unverzüglich über die durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten,
6. die Nutzung und Unterhaltung der an das öffentliche Netz angeschlossenen Ver- und Entsorgungsleitungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang; die Instandsetzung bzw. deren Ersatz erfolgen nur nach schriftlicher Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme, wobei im Einzelfall nicht aufschiebbare Maßnahmen zur Behebung von Störungen des Betriebes auch unmittelbar bei oder nach Beginn der Durchführung der Maßnahmen angezeigt werden dürfen.

(3) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft im Wald gemäß § 11 NWaldLG sowie § 5 Abs. 3, § 30 und § 44 BNatSchG einschließlich der Unterhaltung, Instandsetzung und Neuerrichtung von Zäunen und Gattern zur Neu-, Wiederbegründung und zur Naturverjüngung von Waldflächen soweit

1. auf allen Waldflächen
 - a) die Befahrung außerhalb von Wegen und Feinerschließungslinien in der Zeit vom 01.09. bis zum 31.03. des Folgejahres unterbleibt; ausgenommen sind Maßnahmen zur Vorbereitung der Verjüngung nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn,
 - b) eine Bodenbearbeitung unterbleibt, wenn diese

nicht mindestens einen Monat vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden ist; ausgenommen ist eine zur Einleitung einer natürlichen Verjüngung erforderliche plötzliche Bodenverwundung,

- c) zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen ohne Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde unterbleiben,
 - d) eine Instandsetzung von Wegen unterbleibt, wenn diese nicht mindestens einen Monat vorher der Naturschutzbehörde angezeigt worden ist; freigestellt bleibt die Wegeunterhaltung einschließlich des Einbaus von nicht mehr als 100 kg milieugeeignetem Material pro Quadratmeter ohne Ablagerung von überschüssigen Massen im Wegeseitenraum und auf angrenzenden Waldrändern,
 - e) ein Neu- oder Ausbau von Wegen nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erfolgt,
2. auf allen in der maßgeblichen Karte dargestellten Waldflächen über Nr. 1 hinaus
- a) die Entnahme von liegendem Totholz mit > 30 cm Durchmesser, Wurzeltellern und Baumstubben sowie deren Umlagerung ohne vorherige Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde unterbleiben; unberührt bleibt die Entnahme von Windwurfbäumen auf durch Sturmschäden entstandenen Windwurfflächen nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - b) das Einbringen von Nadelbaumarten sowie nicht heimischen und an den Standort angepassten Laubbaumarten durch gezielte forstliche Maßnahmen ohne Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde unterbleiben; eine natürliche Verjüngung bleibt unberührt,
3. auf allen in der maßgeblichen Karte dargestellten Waldflächen mit den wertbestimmenden FFH-Lebensraumtypen 9110, 9130 und 91E0 über Nr. 1 hinaus
- a) ein Kahlschlag unterbleibt und die Holzentnahme nur einzelstammweise oder durch Femel- oder Lochhieb vollzogen wird,
 - b) auf befahrungsempfindlichen Standorten und in Altholzbeständen die Feinerschließungslinien einen Mindestabstand der Gassenmitten von 40 Metern zueinander haben; ausgenommen ist die Weiternutzung vorhandener Feinerschließungslinien auf privateigenen Waldflächen nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - c) die Befahrung außerhalb von Wegen und Feinerschließungslinien unterbleibt; ausgenommen sind Maßnahmen zur Vorbereitung der Verjüngung nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn,
 - d) in Altholzbeständen die Holzentnahme in der Zeit vom 01. März bis 31. August eines Jahres nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erfolgt; ausgenommen ist das Rücken auf privateigenen Waldflächen nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens zehn Werktage vor Maßnahmenbeginn,

- e) eine Düngung unterbleibt,
 - f) eine Bodenschutzkalkung unterbleibt, wenn diese nicht mindestens einen Monat vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden ist;
 - g) der flächige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vollständig unterbleibt; zulässig ist ihre flächige Anwendung nur in begründeten Ausnahmefällen (z. B. Kalamitätenbefall), wenn sie der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens zehn Werktage vorher angezeigt worden ist und eine erhebliche Beeinträchtigung i. S. des § 33 Abs. 1 Satz 1 und des § 34 Abs. 1 BNatSchG nachvollziehbar belegt ausgeschlossen ist,
 - h) beim Holzeinschlag und bei der Pflege ein Altholzanteil von mindestens 20% der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers erhalten bleibt oder entwickelt wird,
 - i) beim Holzeinschlag und bei der Pflege je vollem Hektar der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers mindestens drei lebende Altholzbäume dauerhaft als Habitatbäume markiert und bis zum natürlichen Zerfall belassen oder bei Fehlen von Altholzbäumen auf 5 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers ab der dritten Durchforstung oder mindestens 30 cm Brusthöhendurchmesser der 20 % stärksten Bäume Teilflächen zur Entwicklung von Habitatbäumen dauerhaft markiert werden (Habitatbaumanwärter); artenschutzrechtliche Regelungen zum Schutz von Horst- und Habitatbäumen bleiben unberührt,
 - j) beim Holzeinschlag und bei der Pflege je vollem Hektar Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers mindestens zwei Stück stehendes oder liegendes starkes Totholz bis zum natürlichen Zerfall belassen werden,
 - k) beim Holzeinschlag und bei der Pflege auf mindestens 80 % der Lebensraumtypfläche der jeweiligen Eigentümerin oder des jeweiligen Eigentümers lebensraumtypische Baumarten erhalten bleiben oder entwickelt werden,
 - l) bei der künstlichen Verjüngung der LRT 9110 und 9130 auf mindestens 90 % der Verjüngungsfläche lebensraumtypische Baumarten angepflanzt oder gesät werden.
 - m) bei der künstlichen Verjüngung des LRT 91E0 ausschließlich lebensraumtypische Baumarten und dabei auf mindestens 80 % der Verjüngungsfläche lebensraumtypische Hauptbaumarten angepflanzt oder gesät werden.
4. Erstaufforstungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde; im Falle einer Zustimmung dürfen nur heimische und an den Wuchsort angepasste Baum- und Straucharten verwendet werden.

(4) Freigestellt ist die ordnungsgemäße landwirtschaftliche

Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 Abs. 2 BNatSchG sowie nach den folgenden Vorgaben:

1. auf allen landwirtschaftlich genutzten Flächen gilt:
 - a) Die Veränderung des Bodenreliefs insbesondere durch Verfüllen von Bodensenken, -mulden oder -rinnen und durch Einebnung und Planierung unterbleibt.
 - b) Zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen insbesondere durch Maßnahmen zur Absenkung des Grundwasserstandes und durch die Neuanlage und Vertiefung von Gräben sowie Dränagen unterbleiben.
 - c) Die ordnungsgemäße Unterhaltung und Instandsetzung bestehender Drainagen ist zulässig; ihr Ersatz bedarf der vorherigen Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme und darf die Leistungsfähigkeit nicht erhöhen.
 - d) Die Anlage landwirtschaftlicher Lagerflächen wie z. B. Feldmieten oder Silos sowie das Lagern von Futterballen unterbleiben, zulässig ist die maximal einwöchige Lagerung von Heu-, Stroh- und Silagewickelballen.
 - e) Die Unterhaltung und Instandsetzung rechtmäßig bestehender Weidezäune und Viehtränken sowie deren Neuerrichtung in ortsüblicher Weise ist zulässig.
 - f) Die Neuerrichtung von Viehunterständen ist mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig; Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bedürfen keiner Zustimmung.
2. Bei der Nutzung der Dauergrünlandflächen, die keinen Lebensraumtyp darstellen, sowie auf in Dauergrünland umgewandelten Ackerflächen gelten die Regelungen gemäß Nr. 1 dieses Absatzes und darüber hinaus zusätzlich:
 - a) keine Umwandlung in Acker und kein Umbruch; zulässig bleibt die Nachsaat als Über- oder Schlitzsaat,
 - b) Zufütterung von Weidetieren nur nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - c) keine maschinelle Bodenbearbeitung wie z. B. Walzen, Schleppen, Striegeln vom 01.02. bis zum 15.04. eines jeden Jahres; Abweichungen von der zeitlichen Vorgabe bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - d) keine organische Düngung mit Gülle, Jauche und anderen flüssigen Wirtschaftsdüngern sowie Gärsubstraten
 - e) die flächige Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde; zulässig ist der horstweise selektive Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nach vorheriger Anzeige mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn.
3. Bei der Nutzung der in der maßgeblichen Karte dargestellten Dauergrünlandfläche mit dem Lebensraumtyp

6510 „Magere Flachland-Mähwiesen“ gilt über die Regelungen gemäß Nr. 1 hinaus:

- a) die maschinelle Bodenbearbeitung wie z. B. Walzen, Schleppen, Striegeln unterbleibt vom 01.02. bis zum 31.05. eines jeden Jahres,
 - b) die Grünlandnutzung erfolgt ausschließlich als Mähwiese mit maximal zweimaliger Mahd pro Jahr und ohne Liegenlassen des Mähgutes,
 - c) die Durchführung des ersten Schnitts erfolgt nicht vor dem 01.06. eines jeden Jahres; die Durchführung des zweiten Schnitts erfolgt nicht vor dem 31.07. eines jeden Jahres,
 - d) die Mahd erfolgt mit Mähwerken ohne Aufbereiter (Zetter); zulässig sind Scheiben- und Trommelmäherwerke,
 - e) ein Umbruch der Grasnarbe unterbleibt; zulässig zur Grünlandverbesserung und -pflege sind ausschließlich Nachsaaten mit für den Lebensraumtyp typischen Gräsern und Kräutern nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - f) jegliche Düngung unterbleibt,
 - g) der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln unterbleibt.
- (5) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, wobei die Neuanlage von Wildäckern, Wildäusungsflächen, Futterplätzen und Hegebüschen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde bedarf; Ansitzeinrichtungen sind nur in landschaftsangepasster Bauweise, im räumlichen Verbund mit vorhandenen etwa gleich hohen Gehölzen und nach vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Maßnahmenbeginn zulässig.
- (6) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung der Fließgewässer nach den Grundsätzen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) und des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sowie nach der aus dem Schutzzweck hergeleiteten Vorgabe, dass die mechanische Gewässerunterhaltung ausschließlich in der Zeit vom 01.10. eines Jahres bis zum 31.01. des Folgejahres erfolgt; grundsätzlich zulässig sind das Herausnehmen von Abflusshindernissen (z. B. Äste, Laub etc.) im Bereich von Durchlässen und die maschinenlose Gewässerunterhaltung von Hand.
- (7) Für die in den Absätzen 2 bis 5 genannten Fälle wird eine erforderliche Zustimmung von der zuständigen Naturschutzbehörde erteilt, wenn und soweit keine Beeinträchtigungen oder nachhaltigen Störungen des LSG oder seiner für den Schutzzweck oder die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteile zu erwarten sind. Die Zustimmung kann mit Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.
- (8) Bei den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Fällen der Anzeigepflicht kann die zuständige Naturschutzbehörde die erforderlichen Anordnungen treffen, um die Einhaltung des Schutzzweckes dieser Verordnung sicher zu stellen. Sie kann insbesondere Regelungen hinsichtlich Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise treffen. Im Einzelfall kann die zuständige Naturschutzbehörde

die Durchführung der angezeigten Handlungen bzw. Maßnahmen untersagen, wenn der Schutzzweck dieser Verordnung beeinträchtigt wird.

- (9) Weitergehende Vorschriften des § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 24 NAGBNatSchG sowie die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG bleiben unberührt.
- (10) Bestehende, rechtmäßige behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben unberührt.

§ 6 Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 67 BNatSchG i.V.m. § 41 NAGBNatSchG Befreiungen gewähren.
- (2) Eine Befreiung zur Realisierung von Plänen oder Projekten kann gewährt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG i.V.m. § 26 NAGBNatSchG als mit dem Schutzzweck dieser Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 bis 6 BNatSchG erfüllt sind.

§ 7 Anordnungsbefugnis

Gemäß § 3 Abs. 2 BNatSchG sowie § 2 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 NAGBNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des bisherigen Zustands anordnen, wenn gegen die Verbote des § 4 oder die Zustimmungsvorbehalte bzw. Anzeigepflichten dieser Verordnung verstoßen wurde und Natur oder Landschaft rechtswidrig zerstört, beschädigt oder verändert worden sind.

§ 8 Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigte haben die Durchführung von folgenden durch die zuständige Naturschutzbehörde angeordneten oder angekündigten Maßnahmen zu dulden, soweit hierdurch die Nutzung des Grundstücks nicht unzumutbar beeinträchtigt wird.
1. Untersuchungen und Maßnahmen zur Pflege, Entwicklung, Erhaltung und Wiederherstellung des LSG oder einzelner seiner Bestandteile,
 2. Maßnahmen zur Erreichung der Schutz- und Erhaltungsziele gemäß § 3 dieser Verordnung, die – soweit erforderlich – in einem unter Beteiligung des Grundeigentümers oder Nutzungsberechtigten erarbeiteten Fachplanes dargestellt sind,
 3. das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung des LSG und seiner Wege sowie zur weiteren Information über das LSG.
- (2) Die §§ 15 und 39 NAGBNatSchG sowie § 65 BNatSchG bleiben von dieser Verordnung unberührt.

§ 9
Umsetzung von Erhaltungs- und
Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Die in den §§ 4 und 5 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen entsprechen in der Regel Maßnahmen zur Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der im LSG vorkommenden Art des Anhangs II der FFH-Richtlinie und den vorkommenden FFH-Lebensraumtypen.
- (2) Die in § 8 dieser Verordnung beschriebenen Maßnahmen dienen darüber hinaus der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der im LSG vorkommenden Art des Anhangs II der FFH-Richtlinie und den vorkommenden FFH-Lebensraumtypen.
- (3) Als Instrumente zur Umsetzung der in § 8 dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere
 - a) Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - b) freiwillige Vereinbarungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
 - c) freiwillige Vereinbarungen im Rahmen von Fördermaßnahmen,
 - d) Einzelfallanordnungen nach § 15 Abs.1 NAGBNatSchG.

§ 10
Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt gem. § 69 Abs. 8 BNatSchG i.V.m. § 43 Abs. 3 Nr. 4 NAGBNatSchG, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Verbote in § 4 dieser Verordnung verstößt, ohne dass die Voraussetzung einer Freistellung nach § 5 dieser Verordnung vorliegen oder eine Befreiung gem. § 6 dieser Verordnung erteilt wurde.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 43 Abs. 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 € geahndet werden.
- (3) Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 43 Abs. 3 NAGBNatSchG begangen worden, so können gemäß § 72 BNatSchG i. V. m. § 44 NAGBNatSchG Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht und die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht wurden, eingezogen werden.

§ 11
Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im „Amtsblatt für die Stadt Osnabrück“ in Kraft.
- (2) Gleichzeitig wird die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen und Landschaftsbestandteilen im Gebiet der Stadt Osnabrück „Piesberg - Haster Berg - Kleeberg“ [LSG OS-S 004] vom 20.09.1966, in Kraft getreten am 23.11.1966 und die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Bersenbrück, Osnabrück, Melle und Wittlage „Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald - Wiehengebirge“ [LSG OS 01] vom 12.05.1965, in Kraft getreten am 16.05.1965, im Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

Osnabrück, den 11.02.2020

Stadt Osnabrück
Wolfgang Griesert
Oberbürgermeister

(Karte liegt bei)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

27

Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
(Antragsteller: Landkreis Osnabrück,
Fachdienst 9 – Straßen)

Bei folgendem Bauvorhaben wurde im Rahmen einer Plangenehmigung (§ 38 Niedersächsisches Straßengesetz i.V.m. § 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz) die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der Fassung vom 18. Dezember 2019 (Nds. GVBl. 2019, 437) i.V.m. dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513) geprüft:

| | |
|----------------|---|
| Aktenzeichen: | 542-1011 K 213.03/227.01 |
| Antragsteller: | Landkreis Osnabrück, FD Straßen |
| Baugrundstück: | Stadt Melle |
| Gemarkung: | Holterdorf, Redecke, Dielingdorf, Eickholt, Schlochterm-Melle |

K 213/ K 227 – Neubau eines Radweges an der K 213 und K 227,
K 213 Abs. 20 Station 3 bis Station 966
K 227 Abs. 20 Station 0 bis Abs. 30 Station 1966

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Umweltauswirkungen sind denkbar in den Bereichen Boden- und Wassernutzung, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt. Im Übrigen sind keine Umweltauswirkungen erkennbar. In Bezug auf den Standort des Vorhabens ist keine potentielle Betroffenheit bei den Qualitätskriterien zu besorgen. Das Schutzgut Boden ist nur unwesentlich berührt.

Es sind keine Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu befürchten. Einschränkungen für das Grundwasser sind nicht zu befürchten, da die Gefahr des Eintrages von wassergefährdenden Stoffen in das Grundwasser sehr gering ist. Es fallen keine betriebs- oder anlagebedingten Abfälle an.

Das Plangebiet liegt teilweise innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald – Wiehengebirge“. Der Gebietscharakter wird durch das Vorhaben jedoch nicht verändert. Weitere besonders geschützte Gebiete sind durch das Vorhaben nicht betroffen.

Durch das Vorhaben wird eine Fläche von 1,25 ha, verteilt auf einer Länge von 4,5 km, neu versiegelt. Der Verlust der Bodenfunktionen wird durch vorgesehene Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen minimiert. Die betroffenen Böden befinden sich überwiegend im Straßenseitenraum und sind durch die derzeitige Nutzung vorbelastet. Umweltauswirkungen sind daher nicht denkbar.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:

Auswirkungen auf das Schutzgut sind lokal sehr begrenzt und allenfalls während der Bauphase zu erwarten. Während der Betriebsphase sind keinerlei Auswirkungen zu erwarten. Der Vorhabenbereich ist zudem durch die vorhandene Straße vorbelastet.

Insgesamt sind daher keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu erwarten.

Schutzgut Wasser:

Das bestehende Gewässer wird im betroffenen Bereich nahezu vollständig beseitigt. Das Gewässer wird durch die Herstellung des neuen Gewässers gleichwertig ersetzt und die Entwässerungsfunktion wiederhergestellt. Die betroffene Brücke wird Otterartgerecht gebaut.

Insgesamt sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Osnabrück, den 23.03.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Straßen
Die Landrätin
i. A. Uçkan

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

98

**Satzung
der Gemeinde Bad Laer über die Anordnung
einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich
der 2. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 5 II „Laer Süd-West“**

Präambel

Aufgrund der §§ 14 Abs. 1, 16 Abs. 1 und 17 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 27.02.2020 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Zu sichernde Planung**

Der Rat der Gemeinde Bad Laer hat am 9. Januar 2020 den Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 II „Laer Süd-West“ gefasst.

Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 bezeichnete Gebiet eine Veränderungssperre erlassen.

**§ 2
Räumlicher Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich erstreckt sich auf den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 II „Laer Süd-West“ der Gemeinde Bad Laer und ergibt sich aus dem beige-fügten Lageplan, der Bestandteil dieser Satzung ist.

**§ 3
Rechtswirkung der Veränderungssperre**

- 1) In dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet dürfen
 - a) Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden sowie
 - b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig ist,nicht vorgenommen werden.
- 2) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegen stehen, kann von Absatz 1 eine Ausnahme erlassen werden. Die Entscheidung über die Ausnahme trifft die Baugenehmigungsbehörde des Landkreises Osnabrück im Einvernehmen mit der Gemeinde Bad Laer.
- 3) Vorhaben, die vor Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, sowie Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

**§ 4
Inkrafttreten und Außerkrafttreten der
Veränderungssperre**

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tag der Bekanntmachung gerechnet, außer Kraft. Auf die Zweijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuches nach § 15 Abs. 1 Baugesetzbuch abgelaufene Zeitraum anzurechnen.

Sie tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 II „Laer Süd-West“ rechtsverbindlich wird.

Diese Satzung liegt ab sofort im Rathaus der Gemeinde Bad Laer, Zimmer 16, Glandorfer Straße 5, 49196 Bad Laer, während der Öffnungszeiten (montags bis freitags von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie montags von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und donnerstags von 15:00 bis 18:00 Uhr) zu jedermanns Einsicht aus. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Hinweise:

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 Baugesetzbuch über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgerechter Geltendmachung wird hingewiesen.

Gem. § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften unbeachtlich, wenn die Verletzung nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Satzung über die Veränderungssperre schriftlich gegenüber der Gemeinde Bad Laer, Glandorfer Straße 5, 49196 Bad Laer, geltend gemacht worden ist.

Dabei sind die verletzte Vorschrift und die Tatsache, die den Mangel ergibt, zu bezeichnen.

Diese Regel gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Verkündung der Satzung verletzt worden sind.

Bad Laer, den 02.03.2020

Avermann
Bürgermeister



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

99

Satzung
der Gemeinde Bad Laer über die Anordnung
einer Veränderungssperre
für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes
Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“

Präambel

Aufgrund der §§ 14 Abs. 1, 16 Abs. 1 und 17 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalver-

fassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 27.02.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Zu sichernde Planung/Anlass
für die Veränderungssperre

Der Rat der Gemeinde Bad Laer hat am 16.11.2017 den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ gefasst.

Zur Sicherung der Planung wurde für das in § 2 bezeichnete Gebiet mit Ratsbeschluss vom 14.12.2017 eine erste Veränderungssperre erlassen, die durch Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück am 31.01.2018 rechtskräftig geworden ist. Nach Ablauf der zweijährigen Geltungsdauer ist diese Veränderungssperre am 01.02.2020 außer Kraft getreten. Mit Ratsbeschluss vom 27.11.2019 wurde eine erneute Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ erlassen, die mit Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück am 15.01.2020 (also vor dem Außerkrafttreten der ersten Veränderungssperre) Rechtskraft erlangt hat. Der Neuerlass einer Veränderungssperre ist gem. § 17 Abs. 3 BauGB erst dann möglich, wenn die ursprüngliche Veränderungssperre außer Kraft getreten ist. Dieser Tatbestand ist bei der Veränderungssperre vom 27.11.2019 nicht erfüllt, so dass aus Gründen der Rechtssicherheit eine neue Veränderungssperre beschlossen und in Kraft gesetzt werden soll.

Der Betreiber der Kläranlage Bad Laer hat im November 2017 schriftlich darauf hingewiesen, dass eine ordnungsgemäße Abwasserbehandlung von zusätzlichen Schmutzfrachten aus einer Nachverdichtung von Wohngrundstücken erst nach Fertigstellung einer Kläranlagenerweiterung möglich sein wird. Es besteht der politische Wille, gemeinsam mit der Gemeinde Glandorf auf dem Gebiet der Gemeinde Glandorf eine gemeinsame Kläranlagenerweiterung vorzunehmen. Die Verhandlungen zum Abschluss eines entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vertrages sind derzeit allerdings noch nicht beendet. Eine verbindliche Lösung zur ordnungsgemäßen Schmutzwasserbehandlung ist Voraussetzung für die im Rahmen des Bauleitverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 335 „Ortskern südlich Bahnhof“ zu erarbeitende wasserwirtschaftliche Voruntersuchung, durch die u. a. der Nachweis geführt werden soll, dass die Entsorgung des Schmutzwassers aus dem Baugebiet gesichert ist.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ wird durchquert durch eine Bahntrasse, die reaktiviert werden soll. Momentan gibt es keine verbindlichen Zahlen über die Frequentierung der Gleise und die Betriebszeiten der Züge. Die Erarbeitung eines schalltechnischen Fachbeitrages mit Aussagen über etwaige Emissionen durch den Bahnverkehr und evtl. zu treffende Schallschutzvorkehrungen ist insofern z. Zt. nicht möglich.

Ein Abschluss des Bauleitverfahrens ist dementsprechend kurzfristig nicht zu erwarten.

Es besteht somit das Erfordernis, die gemeindlichen Planungsziele auch weiterhin bis zur Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ zu sichern. Damit liegen gem. § 17 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) die Voraussetzungen für einen Neuerlass der Satzung über eine Veränderungssperre vor.

§ 2 **Räumlicher Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich erstreckt sich auf den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ der Gemeinde Bad Laer und ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3 **Rechtswirkung der Veränderungssperre**

- 1) In dem von der Veränderungssperre betroffenen Gebiet dürfen
 - a) Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden sowie
 - b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig ist,nicht vorgenommen werden.
- 2) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegen stehen, kann von Absatz 1 eine Ausnahme erlassen werden. Die Entscheidung über die Ausnahme trifft die Baugenehmigungsbehörde des Landkreises Osnabrück im Einvernehmen mit der Gemeinde Bad Laer.
- 3) Vorhaben, die vor Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, sowie Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4 **Inkrafttreten und Außerkrafttreten dieser Veränderungssperre**

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tag der Bekanntmachung gerechnet, außer Kraft. Auf die Zweijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuches nach § 15 Abs. 1 Baugesetzbuch abgelaufene Zeitraum anzurechnen.

Sie tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald der Bebauungsplan Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ rechtsverbindlich wird.

Diese Satzung liegt ab sofort im Rathaus der Gemeinde Bad Laer, Zimmer 16, Glandorfer Straße 5, 49196 Bad Laer, während der Öffnungszeiten (montags bis freitags von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie montags von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und donnerstags von 15:00 bis 18:00 Uhr) zu jedermanns Einsicht aus. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

§ 5 **Außerkrafttreten der Veränderungssperre vom 27.11.2019**

Mit Inkrafttreten dieser Veränderungssperre durch Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt die Ver-

änderungssperre vom 27.11.2019, veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1 vom 15.01.2020, außer Kraft.

Hinweise:

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 Baugesetzbuch über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgerechter Geltendmachung wird hingewiesen.

Gem. § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften unbeachtlich, wenn die Verletzung nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Verkündung dieser Satzung über die Veränderungssperre schriftlich gegenüber der Gemeinde Bad Laer, Glandorfer Straße 5, 49196 Bad Laer, geltend gemacht worden ist.

Dabei sind die verletzte Vorschrift und die Tatsache, die den Mangel ergibt, zu bezeichnen.

Diese Regel gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Verkündung der Satzung verletzt worden sind.

Bad Laer, den 27.02.2020

(Siegel)

Avermann
Bürgermeister



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

100

Satzung **über die Verringerung der Zahl** **der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren** **im Rat der Stadt Fürstenau**

Aufgrund der §§ 10, 46 Abs. 4 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Stadt Fürstenau in seiner Sitzung am 17. März 2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 **Verringerung**

Die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren wird für die am 1. November 2021 beginnende Wahlperiode von 25 auf 21 verringert.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück in Kraft.

Fürstenau, 17.03.2020

Stadt Fürstenau

Nestroy
Bürgermeisterin

(Siegel)

Trütken
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

101

Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Nortrup über den Jahresabschluss 2017 sowie die Entlastung des Bürgermeisters

Der Rat der Gemeinde Nortrup hat in seiner Sitzung am 16.03.2020 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2017 gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10, 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Der o.g. Beschluss ist der Kommunalaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 19.03.2020 entsprechend mitgeteilt worden und wird im Amtsblatt Nr. 7 für den Landkreis Osnabrück am 15.04.2020 öffentlich bekannt gemacht. Das Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück kann bei den hiesigen Buchhandlungen bezogen werden.

Die öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses mit dem Rechenschaftsbericht sowie des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes erfolgt aufgrund der Corona-Epidemie zu einem späteren Zeitpunkt. Über den Zeitraum der öffentlichen Auslegung wird im Nachgang informiert.

Nortrup, den 19.03.2020

Gemeinde Nortrup
Der Bürgermeister
Karl-Heinz Budke

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

102

Friedhofssatzung der Samtgemeinde Artland

Aufgrund der §§ 10, 13, 58 und 98 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Oktober 2019 (GVBl. S. 309) und des § 13 a des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), hat der Rat der Samtgemeinde Artland in

seiner Sitzung am 06.10.2011 nachstehende Friedhofssatzung beschlossen, zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 19.03.2020:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Friedhofszweck
- § 3 Schließung und Entwidmung
- § 4 Öffnungszeiten

II. Ordnungsvorschriften

- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Zulassung von Gewerbetreibenden

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 7 Anzeigepflicht und Bestattungszeit
- § 8 Beschaffenheit von Särgen
- § 9 Ausheben der Gräber
- § 10 Ruhezeit
- § 11 Umbettungen

IV. Grabstätten

- § 12 Arten der Grabstätten
- § 13 Reihengrabstätten
- § 14 Wahlgrabstätten
- § 15 Urnengrabstätten
- § 16 Sondergrabformen

V. Gestaltung der Grabstätten

- § 17 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze
- § 18 Gestaltungsvorschriften der Grabmale
- § 19 Zustimmungserfordernis
- § 20 Fundamentierung und Befestigung/ Standsicherheit der Grabmale
- § 21 Unterhaltung
- § 22 Entfernung

VI. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

- § 23 Allgemeines
- § 24 Vernachlässigung

VII. Trauerfeiern

- § 25 Trauerfeiern

VIII. Schlussvorschriften

- § 26 Gebühren
- § 27 Haftung
- § 28 Ordnungswidrigkeiten
- § 29 Alte Rechte/ Überleitungsvorschriften
- § 30 Inkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für den kommunalen Friedhof in 49610 Quakenbrück, Steimelager Weg.

§ 2 Friedhofszweck

- (1) Der Friedhof ist eine nicht rechtskräftige Anstalt der Samtgemeinde Artland.
- (2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Samtgemeinde Artland waren, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes (BestattG). Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Samtgemeinde.
- (3) Außerhalb diesem und der kirchlich verwalteten Friedhöfe dürfen Verstorbene nicht beigesetzt werden.
- (4) Die Friedhöfe erfüllen aufgrund ihrer gärtnerischen Gestaltung auch allgemeine Grünflächenfunktionen. Deshalb hat jeder das Recht, den Friedhof als Ort der Ruhe und Besinnung zum Zwecke einer der Würde des Ortes entsprechenden Erholung aufzusuchen.

§ 3 Schließung und Entwidmung

- (1) Der ganze Friedhof, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus wichtigem öffentlichem Grund ganz oder teilweise für weitere Bestattungen gesperrt (Schließung) oder einer anderen Verwendung zugeführt (Entwidmung) werden. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Soweit durch Schließung das Recht auf weitere Bestattungen in Wahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen verlangen.
- (3) Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofes als Ruhestätte der Toten verloren.
 - a. Die in (anonymen) Reihengrabstätten/(anonymen) Urnenreihengrabstätten Bestatteten werden, falls die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist,
 - b. die in Wahlgrabstätten Bestatteten, falls die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist,auf Kosten der Samtgemeinde Artland in andere Grabstätten umgebettet.
- (4) Schließung oder Entwidmung erfolgen auf Beschluss des Rates der Samtgemeinde Artland und werden öffentlich bekannt gegeben. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
- (5) Umbettungstermine sollen bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten möglichst einem Angehörigen des Verstorbenen, bei Wahlgrabstätten dem Nutzungsberechtigten einen Monat vorher mitgeteilt werden.
- (6) Ersatzgrabstätten werden von der Samtgemeinde Artland

auf ihre Kosten in ähnlicher Weise wie die Grabstätten auf dem entwidmeten oder außer Dienst gestellten (geschlossenen) Friedhof/ Friedhofsteil hergerichtet. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Der kommunale Friedhof ist durchgehend für den Besuch geöffnet.
- (2) Die Samtgemeinde Artland kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

II. Ordnungsvorschriften

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen der Samtgemeinde Artland bzw. des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter 7 Jahren dürfen den Friedhof nur unter Begleitung und unter der Verantwortung Erwachsener betreten.
- (3) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) das Befahren der Wege mit Fahrzeugen und Sportgeräten (z.B. Rollschuhen, Inlinern, Skateboards) aller Art mit Ausnahme von Kinderwagen, Rollstühlen, Handwagen (z.B. Rollatoren) sowie Fahrzeugen des Bauhofes der Samtgemeinde Artland und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden,
 - b) der Verkauf und das Anbieten von Waren (z.B. von Kränzen und Blumen) und gewerblichen Diensten aller Art und das diesbezügliche Werben,
 - c) das Ausführen von störenden Arbeiten an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung,
 - d) die Erstellung und Verwertung von Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken oder mit schriftlichem Auftrag vom Berechtigten bzw. der Zustimmung der Samtgemeinde Artland,
 - e) das Verteilen von Druckschriften und anderen Medien (z.B. CD, DVD), ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) das Beschädigen oder Verunreinigen des Friedhofes und seinen Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten sowie das unberechtigte Betreten von Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen und das Überspringen von Einfriedungen und Hecken,
 - g) das Ablagern von Abraum und Abfällen außerhalb der dafür bestimmten Stellen, sowie das Entsorgen von mitgebrachtem Unrat auf dem Friedhofsgelände,
 - h) das Mitbringen von Tieren, ausgenommen Blindenhunde,
 - i) das Lärmen und Spielen, das Essen und Trinken sowie das Lagern und das Rauchen in der Nähe von Bestattungen.
- (4) Die Samtgemeinde Artland kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen anderer nicht beeinträchtigt werden

und sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

- (5) Wer gegen diese Ordnungsvorschriften handelt oder Weisungen vom Friedhofpersonal nicht befolgt, kann vom Friedhof verwiesen werden.
- (6) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängenden Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind mindestens 4 Tage vorher anzumelden.

§ 6

Zulassung von Gewerbetreibenden

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeit festlegt.
- (2) Zuzulassen sind Gewerbetreibende auf Antrag, die
 - a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind,
 - b) selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung oder einen vergleichbaren anerkannten beruflichen Abschluss abgelegt haben. Antragssteller des Handwerks haben dem gemäß ihre Eintragung in die Handwerksrolle, Antragssteller des handwerksähnlichen Gewerbes ihre Eintragung in das Verzeichnis gem. § 19 Handwerksordnung und Antragssteller der Gärtnerberufe ihre Eintragung in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer auf Verlangen ggf. nachzuweisen.
 - c) einen, für die Ausführung ihrer Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweisen können.
- (3) Sonstigen Gewerbetreibenden kann die Ausübung anderer als in Abs. 1 genannter Tätigkeiten gestattet werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist. Das Antragserfordernis, sowie Abs. 2a und c gelten entsprechend.
- (4) Die Zulassung erfolgt durch schriftliche Bewilligung. Diese Bewilligung ist dem Friedhofpersonal auf Verlangen vorzulegen. Die Bewilligung ist alle 5 Jahre neu zu beantragen.
- (5) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.
- (6) Unbeschadet § 5 (3) c) dürfen gewerbliche Arbeiten nur montags bis freitags von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr ausgeführt werden. In den Fällen des § 4 (2) sind gewerbliche Arbeiten ganz untersagt.
- (7) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Unterbrechung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze in einen ordnungsgemäßen Zustand, bei Beendigung der Arbeiten in den früheren Zustand zu versetzen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofes gereinigt werden.

- (8) Gewerbetreibenden, die trotz schriftlicher Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Samtgemeinde Artland die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (9) Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Die Gewerbetreibenden haben für jeden Bediensteten bei der Samtgemeinde Artland einen Ausweis zu beantragen. Die Bedienstetenausweise sind dem Friedhofpersonal auf Verlangen vorzuweisen. Abs. 1 – 4; Abs. 6 Satz 2 und Abs. 8 finden keine Anwendung. Das Verwaltungsverfahren kann über eine einheitliche Stelle abgewickelt werden (§1NVwVfG i.V.m. §§ 71 a – 71 e VwVfG).

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7

Anzeigepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalls bei der Samtgemeinde Artland anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen nach § 9 BestattG (z.B. Sterbeurkunde, Sterbebescheinigung) beizufügen. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.
- (2) Wird eine Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/ Urnengrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Soll eine Aschebestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (4) Die Samtgemeinde Artland, - Friedhofsverwaltung -, setzt Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sind dabei nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig an Werktagen.
- (5) Leichen sollen innerhalb von acht Tagen seit dem Eintritt des Todes bestattet oder eingeäschert werden. Leichen, die nicht innerhalb von acht Tagen nach Eintritt des Todes und Aschen, die nicht binnen 3 Monaten nach der Einäscherung beigesetzt sind, werden auf Kosten des Bestattungspflichtigen von Amts wegen in einer Reihengrabstätte/ Urnenreihengrabstätte beigesetzt.

§ 8

Beschaffenheit von Särgen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen feuchtigkeits hemmenden Särgen zulässig. Die untere Gesundheitsbehörde kann Ausnahmen von der Sargpflicht nach Satz 1 zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt (z.B. aus religiösen Gründen) und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist.

sen ist. Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen nur Särge aus leicht abbaubarem Material (z.B. Vollholz) erlaubt, die keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke und Zusätze enthalten und nicht geeignet sind, die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit von Boden oder Grundwasser nachhaltig zu verändern. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und Sargausstattung. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen. Auch Urnen, die in der Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.

- (3) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 9

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von Dienstkräften der Samtgemeinde Artland oder im Auftrage der Samtgemeinde von Unternehmen ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten nach tatsächlichem Aufwand durch den Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung zu erstatten.

§ 10

Ruhezeit

Die Ruhezeit beginnt mit dem Tag der Beisetzung und beträgt für

| | |
|---|----------|
| - Leichen von Verstorbenen über 5 Jahre | 25 Jahre |
| - Leichen von Verstorbenen bis 5 Jahre | 15 Jahre |
| - Aschen | 25 Jahre |

§ 11

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Samtgemeinde Artland. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden; bei Umbettungen innerhalb der Samtgemeinde Artland im ersten Jahr der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses. Umbettungen aus einer (anonymen) Reihengrabstätte/ Urnenreihengrabstätte in eine andere (anonyme) Reihengrabstätte/ Urnenreihengrabstätte sind innerhalb des kommunalen Friedhofes nicht zulässig. § 3 Abs. 2 und Abs. 3 bleiben unberührt.

- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- und Aschenreste können nur mit vorheriger Zustimmung der Samtgemeinde Artland in belegte Grabstätten aller Art umgebettet werden.

- (4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus (anonymen) Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten der verfügungsberechtigte Angehörige des Verstorbenen, bei Umbettungen aus Wahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. Mit Antrag ist die Bescheinigung über die Abgabe der Grabstätte gem. der §§ 13 Abs. 1 und 15 Abs. 2, bzw. die Verleihungsurkunde gem. § 14 Abs. 3 vorzulegen. In den Fällen des § 25 Abs. 1 Satz 4 und bei Entziehung von Nutzungsrechten gem. § 25 Abs. 2 Satz 2 können Leichen oder Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in (anonyme) Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten umgebettet werden.

- (5) Die Friedhofsverwaltung bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung und führt sie selbst durch oder lässt sie durch einen Unternehmer durchführen.

- (6) Neben der Zahlung der Gebühren für die Umbettung hat der Antragssteller Ersatz für Schäden zu leisten, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung zwangsläufig entstehen.

- (7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

- (8) Leichen oder Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.

IV. Grabstätten

§ 12

Arten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten bleiben im Eigentum der Samtgemeinde Artland. Rechte an ihnen können nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in:
 - a) Reihengrabstätten,
 - b) Wahlgrabstätten,
 - c) Urnengrabstätten als Reihengrabstätte
 - d) Sondergrabformen:
 1. Anonyme Reihengräber für Erdbestattungen
 2. Anonyme Reihengräber für Urnenbestattungen
 Die Lage der einzelnen Grabstättenarten wird in Belegungsplänen festgelegt.
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Nutzungsrechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte, an Wahlgrabstätten, an Urnengrabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

§ 13

Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle für die Dauer der Ruhezeit (§ 10 dieser Satzung) des Verstorbenen gegen Zahlung der festgesetzten Gebühr abgegeben

werden. Über die Zuteilung wird eine schriftliche Bescheinigung erteilt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an der Reihengrabstätte ist nicht möglich.

- (2) Reihengrabstätten haben folgende Abmessungen:
Länge ca. 2,20 m, Breite ca. 0,90 m
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte die Leiche eines Kindes unter einem Jahr und eines Familienangehörigen oder die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren zu bestatten, ausgenommen sind anonyme Reihengrabstätten.
- (4) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeit (§ 10 dieser Satzung) ist 3 Monate vorher schriftlich oder öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu geben.

§ 14 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbeseitzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird.
- (2) Es werden unterschieden ein- und mehrstellige Wahlgrabstätten als Einfachgräber. Wahlgrabstätten haben folgende Abmessungen:

| | |
|----------------------|-----------------|
| - für 1 Beisetzung | 2,20 m x 1,20 m |
| - für 2 Beisetzungen | 2,20 m x 2,40 m |
| - für 3 Beisetzungen | 2,20 m x 3,60 m |
- (3) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte entsteht nach Zahlung der festgesetzten Gebühr mit Aushändigung der Verleihungsurkunde.
- (4) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um volle 10, 15 oder um 30 Jahre wieder verliehen werden, wenn und soweit dem nicht wichtige Gründe der Friedhofsplanung entgegenstehen.
- (5) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte 3 Monate vorher schriftlich, falls er nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist, durch öffentliche Bekanntmachung und durch Hinweis auf der Grabstätte hingewiesen.
- (6) Während der Nutzungszeit eines Wahlgrabes darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Dauer des Nutzungsrechtes nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist wiedererworben wurde.
- (7) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch schriftlichen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:
 - a) auf den überlebenden Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner, und zwar auch dann, wenn Kinder aus

einer früheren Ehe vorhanden sind,
b) auf die ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder,
c) auf die Stiefkinder,
d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
e) auf die Eltern,
f) auf die vollbürtigen Geschwister,
g) auf die Stiefgeschwister,
h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.
Innerhalb der einzelnen Gruppen b) bis d) und f) bis h) wird der Älteste Nutzungsberechtigte.
Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten innerhalb eines Jahres seit der Beisetzung übernimmt.

- (8) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des Abs. 7 Satz 2 übertragen; er bedarf hierzu die vorherige Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (9) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
- (10) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (11) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.
- (12) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht bzw. die Rückgabe des Nutzungsrechtes ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.
- (13) Bei Rückgabe von Wahlgrabstätten wird an den Nutzungsberechtigten die für die Wahlgrabstätte gezahlte Gebühr unter Berücksichtigung der verbleibenden, auf volle Jahre abgerundeten Nutzungszeit anteilig zurückerstattet.
- (14) Das Ausmauern von Wahlgrabstätten ist nicht zulässig.

§ 15 Urnengrabstätten

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in:
 - a) Urnenreihengrabstätten
 - b) Anonymen Urnenreihengrabstätten
 - c) Grabstätten für Erdbestattungen, ausgenommen Reihengrabstätten
- (2) Urneneinzelgrabstätten sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (§ 10 dieser Satzung) zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden. Über die Abgabe wird eine schriftliche Bescheinigung ausgehändigt. Urnenreihengrabstätten haben jeweils folgende Abmessungen: 1,00 m x 1,00 m. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes ist nicht möglich.
- (3) Der Friedhofsträger hat nach Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit das Recht, Aschenbehälter zu entfernen. Die Asche ist an geeigneter Stelle des Friedhofes anonym in würdiger Weise der Erde zu übergeben.

- (4) Soweit sich aus der Friedhofssatzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten und für Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

§ 16 Sondergrabformen

- (1) Als Sondergrabformen gelten:
- Anonyme Reihengräber für Erdbestattungen
 - Anonyme Reihengräber für Urnenbestattungen
- Sie sind in einer ausschließlichen von dem Friedhofsträger zu pflegenden Rasenfläche angeordnet und lassen keine besondere Gestaltung und keine Hinweise auf die Person des Verstorbenen zu.
- (2) Anonyme Reihengräber haben folgende Abmessungen:
- für Erdbestattungen:
Länge ca. 2,20 m, Breite ca. 0,90 m
 - für Urnenbestattungen:
Länge ca. 0,50 m, Breite ca. 0,50 m
- (3) Die Nutzungszeit für anonyme Reihengräber beträgt:
- | | |
|-------------------------|----------|
| - für Erdbestattungen | 25 Jahre |
| - für Urnenbestattungen | 25 Jahre |
- (4) Für die ausschließlich dem Friedhofsträger obliegende Pflege der anonymen Reihengrabfelder ist über die Nutzungsgebühr hinaus ein zusätzliches Entgelt für die Dauer der Nutzungszeit im Voraus nach Maßgabe der Gebührensatzung zu zahlen.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 17 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und seiner Gesamtanlage gewahrt wird

§ 18 Gestaltungsvorschriften der Grabmale

- (1) Die Grabmale müssen entsprechend der Umgebung gestaltet, bearbeitet und angepasst werden, sodass sie den erhöhten Anforderungen gem. den folgenden Absätzen entsprechen.
- Es dürfen nur Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen aufgestellt werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des Übereinkommens über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konvention 182) hergestellt sind.
- (2) Grabmale dürfen ausschließlich aus Holz, Naturstein, Kunststein, Bronze und Schmiedeeisen hergestellt sein. Findlinge sind ebenfalls zugelassen.
- (3) Bei der Gestaltung der Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:
- a) Nicht zugelassen sind die Materialien Beton, Glas und Kunststoff.
 - b) Die Schrift ist in Form, Farbe, Größe und Verteilung dem Grabmal anzupassen.

- (4) Auf den Grabstätten für Erdbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Abmessungen zulässig:

Stehende Grabmale:

- a) auf Reihengrabstätten bis zu 0,50 m² Ansichtsfläche,
- b) auf Wahlgrabstätten:
 - bis 2 Beisetzungen nebeneinander bis zu 0,65 m² Ansichtsfläche,
 - für 3 Beisetzungen nebeneinander bis zu 1,00 m² Ansichtsfläche.

Die Höhe der Grabmale soll einschließlich Sockel möglichst 1,00 m, bei Kindergrabstätten 0,60 m nicht überschreiten. Stehende Grabmale müssen mindestens 14 cm stark sein. Soweit es die Samtgemeinde Artland für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen zulassen.

Liegende Grabmale:

- a) auf Reihengrabstätten bis zu 0,25 m² Ansichtsfläche,
- b) bei Wahlgrabstätten:
 - bis 2 Beisetzungen nebeneinander bis zu 0,30 m² Ansichtsfläche,
 - für 3 Beisetzungen nebeneinander bis zu 0,40 m² Ansichtsfläche.

- (5) Auf Urnengrabstätten sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

Stehende Grabmale:

Auf Urneneinzelgrabstätten für 2 Beisetzungen bis zu 0,30 m² Ansichtsfläche, jedoch nicht breiter als 0,50 m. Stehende Grabmale müssen mindestens 12 cm stark sein. Soweit es die Samtgemeinde Artland für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen zulassen.

Liegende Grabmale:

Auf Urneneinzelgrabstätten für 2 Beisetzungen bis zu 0,20 m² Ansichtsfläche.

- (6) Findlinge:

Die Aufstellung von Findlingen auf Grabstätten für Erdbeisetzungen und auf Urnengrabstätten, insbesondere dessen Größe, ist in jedem Fall vorab mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen.

- (7) Soweit es der Friedhofsträger innerhalb der Gesamtgestaltung unter Beachtung des § 17 und unter Berücksichtigung künstlerischer Anforderungen für vertretbar hält, kann er Ausnahmen von den Vorschriften 2-5 und auch sonstige bauliche Anlagen zulassen. Er kann für Grabmale und sonstige bauliche Anlagen in besonderer Lage über Abs. 1 bis 5 hinausgehende Anforderungen an Material, Entwurf und Ausführung stellen.

- (8) Die vor Inkrafttreten dieser Satzungsänderung genehmigten Grabmale bleiben von den Neuregelungen unberührt.

§ 19 Zustimmungserfordernis

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Samtgemeinde Artland. Die Zustimmung sollte bereits vor der Anfertigung oder der Veränderung der Grabmale eingeholt werden. Die Anträge sind vom Verfügungsberechtigten bei der Samtgemeinde Artland zu stellen; der Antragsteller hat bei Reihengrabstätten die Grabanweisung vorzulegen, bei Wahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (2) Den Anträgen sind zweifach beizufügen: der Grabentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung,

der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung. Ausführungszeichnungen oder Modelle können von der Friedhofsverwaltung angefordert werden, sofern dieses zum besseren Verständnis notwendig ist.

Sofern Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen aus Ländern stammen, in denen Kinderarbeit bekannt wurde, oder wenn die Produktion bzw. teilweise Herstellung in solchen Ländern erfolgte, ist mittels Zertifikat einer anerkannten Organisation nachzuweisen, dass diese Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt sind.

- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Samtgemeinde Artland. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.
- (5) Entspricht die Ausführung eines Grabzeichens nicht der genehmigten Zeichnung des Zustimmungsantrages, so setzt die Friedhofsverwaltung dem Nutzungsberechtigten eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabzeichens. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Aufforderung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung nach Ablauf der Frist die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen.

§ 20

Fundamentierung und Befestigung/ Standsicherheit der Grabmale

- (1) Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks/der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
- (2) Die Oberkante der Fundamente muss mindestens 5 cm unter der Erdoberkante liegen. Sämtliche Teile eines stehenden Grabmales, einschließlich eines etwaigen Sockels sowie des Fundamentes sind fachgerecht aufzusetzen und mit rostfreien Dübeln zu verbinden.

§ 21

Unterhaltung

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten der Empfänger der Grabanweisung, bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.
- (2) Ist die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr in Verzug kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt,

dies auf Kosten des Verantwortlichen zu tun oder das Grabmal, die sonstige bauliche Anlage oder die Teile davon zu entfernen. Die Samtgemeinde Artland ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, bei Reihengrabstätten auf dem Grabfeld, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

- (3) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen, sonstiger baulicher Anlagen oder Grabmalteilen verursacht wird.

§ 22

Entfernung

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung von der Grabstätte entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Sind die Grabmale oder die sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen fallen dann entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Samtgemeinde Artland.
- (3) Sofern Grabstätten von der Samtgemeinde Artland abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne Zustimmung aufgestellte Grabmale einen Monat nach Benachrichtigung des Empfängers der Grabanweisung bei Reihengrabstätten oder des Nutzungsberechtigten bei Wahlgrabstätten auf dessen Kosten entfernen zu lassen.

VI. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 23

Allgemeines

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 17 der Würde des Friedhofes entsprechend hergerichtet und dauernd verkehrssicher instandgehalten werden. Dies gilt auch für den übrigen Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen. § 6 Abs. 7 Satz 3 bleibt unberührt.
- (2) Die Höhe und die Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofes, dem besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Grabbeete dürfen dabei nicht über 20 cm hoch sein. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.

- (3) Für die Herrichtung und Instandhaltung der Grabstätten ist der Verfügungsberechtigte verantwortlich. Verfügungsberechtigter ist bei Reihengrabstätten/ Urnenreihengrabstätten der Empfänger der Grabanweisung, bei Wahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. Die Verpflichtung zur Herrichtung und Instandhaltung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts.
- (4) Jede wesentliche Änderung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Samtgemeinde Artland. Die Anträge sind durch den Verfügungsberechtigten zu stellen. Der Antragsteller hat bei Reihengrabstätten die Grabanweisung vorzulegen, bei Wahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen. Soweit zum Verständnis erforderlich, kann die Samtgemeinde Artland die Vorlage einer Zeichnung im Maßstab 1:20 mit den erforderlichen Einzelangaben verlangen.
- (5) Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Beisetzung, Wahlgrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechtes hergerichtet werden.
- (6) Die Samtgemeinde Artland kann verlangen, dass der Verfügungsberechtigte die Grabstätte nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts abräumt.
- (7) Für die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten ist ausschließlich die Samtgemeinde Artland zuständig.
- (8) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.
- (9) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwandt werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Blumentöpfe, Grablichter, Markierungszeichen und Gießkannen.

§ 24 Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verfügungsberechtigte auf schriftliche Aufforderung der Samtgemeinde Artland die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verfügungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 1. die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
 2. Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen beseitigen lassen.
- (2) Für Wahlgrabstätten gelten Abs. 1 Satz 1 bis 3 entsprechend. Kommt der Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung in diesem Fall die Grabstätte auf seine Kosten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung ent-

ziehen. Vor der Entziehung des Nutzungsrechts ist der jeweilige Nutzungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen, ist er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, hat noch einmal eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung und ein entsprechender Hinweis auf der Grabstätte zu erfolgen. In dem Entziehungsbescheid ist der jeweilige Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.

Der Verfügungsberechtigte ist in den schriftlichen Aufforderungen, der öffentlichen Bekanntmachung und dem Hinweis auf der Grabstätte auf die für ihn maßgeblichen Rechtsfolgen der Sätze 3 und 4 und in dem Entziehungsbescheid auf die Rechtsfolgen des § 23 Abs. 2 Satz 3 bis 5, Abs. 3 hinzuweisen.

- (3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen.

VII. Trauerfeiern

§ 25 Trauerfeiern

Die Trauerfeiern können am Grabe oder an einer anderen im Freien dafür vorgesehenen Stelle abgehalten werden. Sie sollen die Dauer von 60 Minuten nicht übersteigen. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

VIII. Schlussvorschriften

§ 26 Gebühren

Für die Benutzung des von der Samtgemeinde Artland verwalteten kommunalen Friedhofs und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren zu entrichten.

§ 27 Haftung

- (1) Die Samtgemeinde Artland haftet nicht für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und seiner Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.
- (2) Im Übrigen haftet die Samtgemeinde Artland nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftungen bleiben unberührt.
- (3) Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale und andere Anlagen entstehen.

§ 28 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der jeweils

gültigen Fassung handelt, wer sich vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

1. § 5 Abs. 1 als Besucher nicht der Würde des Friedhofs entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,
2. § 5 Abs. 3 a)- i) auf dem Friedhof verhält,
3. § 5 Abs. 6 Totengedenkfeiern ohne Zustimmung der Samtgemeinde Artland durchführt,
4. § 6 Abs. 1, 7 und 8 als Gewerbetreibender ohne vorherige Zustimmung tätig wird, außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt, sowie Werkzeuge und Materialien unzulässig lagert,
5. § 19 Abs. 1 und 3 ohne vorherige Zustimmung Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet oder verändert, oder entgegen § 23 Abs. 1 ohne Zustimmung entfernt,
6. § 21 Abs. 1 Grabmale nicht fachgerecht befestigt und fundamentiert,
7. § 22 Abs. 1 Grabmale und sonstige bauliche Anlagen nicht in einem dauernd würdigen und verkehrssicheren Zustand hält,
8. § 22 Abs. 2 bei Gefährdung der Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon diese nicht unverzüglich beseitigt,
9. § 24 Abs. 9 Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmittel bei der Grabpflege verwendet,
10. § 24 Abs. 10 Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenschutzbehältern, die an der Pflanze verbleiben, verwendet,
11. § 25 Abs. 1 eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß pflegt und vernachlässigt, bzw. diese nach schriftlicher Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung bringt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 29

Alte Rechte/ Überleitungsvorschriften

- (1) Bei Grabstätten, über welche die Samtgemeinde Artland bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungszeit und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Nutzungsrechte über Wahlgrabstätten, die vor Inkrafttreten dieser Satzung begründet worden sind, bleiben im bisherigen rechtlichen Umfang erhalten.

§ 30

Inkrafttreten

Diese Friedhofssatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofssatzung der Samtgemeinde Artland vom 03.05.1990, (zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 13.02.1997) außer Kraft.

Quakenbrück, 20.03.2020

Samtgemeinde Artland

Der Samtgemeindebürgermeister
Claus Peter Poppe

(Siegel)

Satzung

der Samtgemeinde Artland über die Erhebung von Friedhofsgebühren

Aufgrund § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), der §§ 10, 13, 58, 98 und 111 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S.576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und der §§ 1, 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Samtgemeinde Artland in seiner Sitzung am 19.03.2020 nachstehende Satzung beschlossen:

§ 1

Art der Gebühren

Für die Benutzung des Kommunalen Friedhofes in der Samtgemeinde Artland werden Verwaltungs- und Benutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben. Der Gebührentarif ist Bestandteil dieser Gebührensatzung.

§ 2

Entstehen der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht für die Überlassung von Nutzungsrechten an Wahl-, Reihen- und Urnengrabstätten entsteht mit der Verleihung bzw. Übertragung oder Verlängerung des Nutzungsrechtes.
- (2) Die weiteren Gebühren (Bestattungsgebühr, Umbettungsgebühr) entstehen, wenn die Amtshandlung beantragt oder die begehrte Leistung erbracht worden ist.
- (3) Die Gebührenpflicht für die Friedhofsunterhaltung entsteht am 01. Januar des Veranlagungsjahres und endet am 31.12. des Jahres, in dem das Nutzungsrecht abläuft.

§ 3

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der Nutzungsberechtigte.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4

Fälligkeit

- (1) Die jährliche Friedhofsunterhaltungsgebühr wird am 01.05 des Veranlagungsjahres fällig.
- (2) Alle anderen Gebühren sind einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Alle Zahlungen sind an die Kasse der Samtgemeinde Artland zu entrichten.
Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5 Verlängerung des Nutzungsrechts

Das Nutzungsrecht an Wahlgrabstätten kann gegen erneute Zahlung der Nutzungsgebühr für die gesamte Nutzungszeit, gegen erneute Zahlung eines Gebührenanteils der vollen Nutzungsgebühr um den dementsprechenden Teil der gesamten Nutzungszeit verlängert werden.

Ein Anspruch auf Rückzahlung der Nutzungsgebühr für den Verzicht eines Nutzungsrechtes besteht nicht.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Samtgemeinde Artland über die Erhebung von Friedhofsgebühren vom 25.01.1996 außer Kraft.

Quakenbrück, den 20.03.2020

Samtgemeinde Artland
Der Samtgemeindebürgermeister
(Siegel) Claus Peter Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

104

Gebührentarif zur Satzung der Samtgemeinde Artland über die Erhebung von Friedhofsgebühren vom 19.03.2020

Aufgrund § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), der §§ 10, 58, 98 und 111 ff. des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S.576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und der §§ 1, 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Samtgemeinde Artland in seiner Sitzung am 19.03.2020 folgenden Gebührentarif beschlossen:

Artikel I

Der Gebührentarif zur Satzung der Samtgemeinde Artland über die Erhebung von Friedhofsgebühren vom 19.03.2020 wird als folgende Neufassung geschlossen:

I. Gebühren für Wahlgrabstätten

1. Erwerb des Nutzungsrechtes für die Dauer von 30 Jahren:
 - a) an Grabstätten für eine Erdbeisetzungen 230,00 €
 - b) an Grabstätten für zwei Erdbeisetzungen 460,00 €

- c) an Grabstätten für drei Erdbeisetzungen 689,00 €
- d) jede weitere Grabstätte für Erdbeisetzungen 230,00 €
2. für die Verlängerung des Nutzungsrechts an einer Wahlgrabstätte:
 - a) um die gesamte Nutzungszeit: die unter 1. aufgeführten Gebühren
 - b) bei Verlängerung des Nutzungsrechts um einen Teil der gesamten Nutzungszeit: aufgeführten Gebühren. der entsprechende Gebührenanteil der vollen Gebühr nach I.

II . Gebühren für Reihengrabstätten I Urnengrabstätten

Erwerb des Nutzungsrechts für die Dauer der Ruhezeit

- a) Reihengrabstätten für eine Erdbeisetzung für Verstorbene ab 5 Jahre (Ruhezeit 25 Jahre): 144,00 €
- b) Reihengrabstätten für eine Erdbeisetzung für Verstorbene unter 5 Jahre, sowie für Tot- und Fehlgeburten (Ruhezeit: 15 Jahre): 86,00 €

Hinweis: Die v. g. Gebühren gelten auch für **anonyme** Erdbeisetzungen.

- c) Grabstätten für eine Urnenbeisetzung (Ruhezeit: 25 Jahre): 73,00 €
- d) Grabstätten für eine anonyme Urnenbeisetzung (Ruhezeit: 25 Jahre): 18,00 €

III. Gebühren für Beisetzungen

- a) für Verstorbene unter 5 Jahre, sowie für Tot- und Fehlgeburten 450,00 €
- b) für Verstorbene ab 5 Jahre 600,00 €
- c) für Urnen 186,00 €

Damit werden abgegolten:

Ausheben und Zuwerfen der Gräber, Verteilen der Kränze auf dem Grab, Verwaltungsarbeit.

Das Abräumen der Grabstätten ist in der Bestattungsgebühr **nicht** enthalten!

Für das Abräumen von abgegebenen Grabstätten wird eine Gebühr nach dem tatsächlichen Aufwand (Lohn-, Entsorgungskosten) festgesetzt.

IV. Gebühren für Umbettungen

1. Umbettung innerhalb des Friedhofes

- a) für Verstorbene ab 5 Jahre Abrechnung nach Aufwand
- b) für Verstorbene unter 5 Jahre, sowie für Tot- und Fehlgeburten Abrechnung nach Aufwand

c) für Urnen Abrechnung nach Aufwand

Damit werden abgegolten:

Ausheben und Zuwerfen der Gräber, Überführung innerhalb des Friedhofs, Verwaltungsarbeit.

2. Ausbettung zur Bestattung auf einem anderen Friedhof

a) für Verstorbene ab 5 Jahre Abrechnung nach Aufwand

b) für Verstorbene unter 5 Jahre Abrechnung nach Aufwand

c) für Urnen Abrechnung nach Aufwand

Darin enthalten ist die Aushebung des Grabes und Bereitstellung des Sarges / der Urne zur weiteren Überführung.

V. Allgemeine Friedhofsunterhaltungsgebühr

• Pro Grabstelle und Jahr 14,00 €

Die v. g. Friedhofsunterhaltungsgebühr wird **für anonyme Urnen- und Reihengrabstätten** für die Dauer der jeweiligen Ruhezeit anlässlich der Bestattung im Voraus als einmaliger Beitrag erhoben.

Die Nutzungsberechtigten **nicht anonymer Wahlgrabstätten, Reiheneinzel- und Urnengräber** sind jährlich zur Zahlung der o. a. Gebühr zu veranlassen.

Damit werden abgegolten:

Unterhaltung der Friedhofswege, Mähen der Rasenflächen, Schneiden der Hecke und Rasenkanten, Entsorgung der Friedhofsabfälle.

Artikel II

Der v. g. Gebührentarif tritt am 01.05.2020 in Kraft.

Quakenbrück, den 20.03.2020

Samtgemeinde Artland

Der Samtgemeindebürgermeister

(Siegel)

Claus Peter Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

105

**Haushaltssatzung
des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Hasetal“
für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 16 NKomZG in Verbindung mit § 112 NKomVG hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Hasetal“ in der Sitzung am 10.12.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf 799.200 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 869.100 Euro

1.3 der außerordentlichen Erträge auf 0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf 0 Euro

2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 768.900 Euro

2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 823.000 Euro

2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit 91.000 Euro

2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit 114.000 Euro

2.5 der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit 0 Euro

2.6 der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit 0 Euro festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 859.900 Euro

- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 937.000 Euro

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 100.000,00 Euro festgesetzt.

§ 5

Die von den Verbandsmitgliedern aufzubringende Verbandsumlage wird auf 175.000,00 Euro festgesetzt. Das Verhältnis für die Errechnung der auf die Verbandsmitglieder entfallenden Umlage wird wie folgt bestimmt:

Sockelbetrag 43.750,00 Euro
nach Fläche 43.750,00 Euro
nach Einwohnerzahl 43.750,00 Euro
nach touristischer Leistung (Betten) 21.875,00 Euro
nach touristischer Leistung (Umsatz) 21.870,00 Euro
Gesamtumlage 2019 175.000,00 Euro

Eine Sonderumlage wird erhoben für die Unterhaltung der Bahnstrecke in Höhe von 10.000,00 Euro

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten im Sinne des § 117 NKomVG als unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 3.000,00 Euro nicht übersteigen.

Fürstenau, 10.12.2019

Werner Schräer
Vorsitzender
der Verbandsversammlung

Wilhelm Koormann
Verbandsgeschäftsführer

Genehmigung

Die von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 10.12.2019 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 bedarf keiner Genehmigung.

Cloppenburg, 17.03.2020

Honscha
Kommunalaufsicht

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan des Zweckverbandes Erholungsgebiet Hasetal liegt in der Zeit vom 30.03.2020 bis zum 09.04.2020 in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Erholungsgebiet Hasetal, Langenstraße 33, Löningen, öffentlich aus.

Löningen, 23.03.2020

Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

106

Haushaltssatzung der Gemeinde Bippin für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Bippin in seiner Sitzung am 26. Februar 2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|--|-------------|
| 1.1 der ordentlichen Erträge auf | 2.609.000 € |
| 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf | 2.579.700 € |
| 1.3 der außerordentlichen Erträge auf | 0 € |
| 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf | 0 € |
| 1.5 Jahresergebnis | 29.300 € |

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|---|-------------|
| 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 2.400.300 € |
| 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 2.303.900 € |

| | |
|--|-----------|
| 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf | 600.000 € |
| 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf | 397.000 € |

| | |
|---|----------|
| 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf | 0 € |
| 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf | 33.900 € |

| | |
|--------------------------------|-----------|
| 2.7 Finanzierungsmittelbestand | 265.500 € |
|--------------------------------|-----------|

festgesetzt.

Nachrichtlich:

| | |
|--|-------------|
| - Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 3.000.300 € |
| - Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 2.734.800 € |

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 400.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

| | |
|--|----------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 360 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 360 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 360 v.H. |

§ 6

Über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne des § 12 Abs. 1 KomHKVO wird auf 200.000 € festgelegt.

Bippin, den 23.03.2020

Gemeinde Bippin
Tolsdorf
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich. Der Landkreis Osnabrück – Kommunalaufsicht – hat mit Verfügung vom 23. März 2020, Aktenzeichen 11.3 Re, von der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan Kenntnis genommen.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 16. April 2020 bis 27. April 2020 nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bippen, Hauptstraße 4, 49626 Bippen, öffentlich aus.

Bippen, den 26.03.2020

Gemeinde Bippen
Tolsdorf
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

107

Bekanntmachung über die Einziehung einer Teilstrecke des Weges mit der Straßennummer 3142 in der Gemeinde Ostercappeln

Die in der Gemarkung Haaren, Gemeinde Ostercappeln, Flur 11, Flurstück 88 gelegene Teilstrecke des Weges mit der Straßennummer 3142 hat für die Allgemeinheit keine Verkehrsbedeutung mehr und ist damit für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden.

Sie wird daher gemäß § 8 Abs. 1 des Nds. Straßengesetzes vom 24.09.1980, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018, mit Wirkung vom 01.06.2020 eingezogen.

Die eingezogene Teilstrecke des Weges 3142 ist dem nachfolgenden Plan zu entnehmen.



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück, erhoben werden.

Ostercappeln, den 25.03.2020

Gemeinde Ostercappeln
Der Bürgermeister
Rainer Ellermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

108

Satzung über die Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer vom 27.11.2019 (1. Änderungssatzung)

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 113) und der §§ 1 und 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 12.06.2018 (Nds. GVBl. S. 95) hat der Rat der Gemeinde Bad Laer folgende Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer am 27.11.2019 beschlossen:

§ 1 Satzungsänderungen

Die Satzung der Gemeinde Bad Laer für die Freiwillige Feuerwehr Bad Laer vom 22.07.2014, nachfolgend Satzung genannt, wird wie folgt geändert:

(1) § 7 der Satzung erhält folgenden Fassung:

§ 7 Angehörige der Einsatzabteilung

- (1) Für den Einsatzdienst gesundheitlich geeignete Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde (Samtgemeinde), die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können Angehörige der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr werden. Bei Minderjährigen ist die schriftliche Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Angehöriger der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr kann auch werden, wer der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr einer anderen Gemeinde angehört und regelmäßig für Einsätze zur Verfügung steht (Doppelmitglied § 12 Abs. 2 NBrandSchG). Die Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung endet spätestens mit Vollendung des 67. Lebensjahres.
- (2) Aus begründetem Anlass kann auf den Nachweis über die gesundheitliche Eignung für den schweren Atemschutz verzichtet werden, wenn Mitglieder der Jugendfeuerwehr (§ 9) in die Einsatzabteilung übernommen werden sollen. Voraussetzung ist die positive Empfehlung der Gemeindejugendfeuerwehrwartin oder des Gemeindejugendfeuerwehrwarts und die erfolgreiche Teilnahme an der Truppmannausbildung entsprechend den landesrechtlichen Regelungen.
- (3) Aufnahmegesuche sind schriftlich an die Freiwillige Feuerwehr zu richten. Die Gemeinde kann ein Führungszeugnis und ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand der Bewerberinnen und Bewerber anfordern. Sie trägt die Kosten.
- (4) Über die Aufnahme in die Einsatzabteilung entscheidet das Gemeindekommando. Die Gemeindebrandmeisterin oder der Gemeindebrandmeister hat die Gemeinde über die vor der Bekanntgabe der Entscheidung über den Aufnahmeantrag zu unterrichten, soweit die Gemeinde darauf nicht generell verzichtet hat.
- (5) Nach erfolgreicher Ausbildung und einwandfreiem Verhalten im Dienst beschließt das Gemeindekommando über

die Bewährung in der Probezeit (§ 7 Abs. 2 FwVO). Bei der endgültigen Aufnahme ist folgende schriftliche Erklärung abzugeben:

„Ich verspreche, die freiwillig übernommenen Pflichten als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen und gute Kameradschaft zu halten.“

(2) § 8 der Satzung erhält folgende Fassung:

§ 8 Mitglieder der Altersabteilung

- (1) Angehörige der Einsatzabteilung sind in die Altersabteilung zu übernehmen, wenn sie das 67. Lebensjahr vollendet haben. Ein Mitglied der Einsatzabteilung kann ab dem Tag der Vollendung des 55. Lebensjahres ohne Angabe von Gründen in die Altersabteilung übertreten.
- (2) Angehörige der Einsatzabteilung können auf ihren Antrag oder auf Beschluss des Gemeindefeuerwehrrates in die Altersabteilung übernommen werden, wenn sie den Dienst in der Einsatzabteilung auf Dauer nicht mehr ausüben können.
- (3) Angehörige der Altersabteilung dürfen bei dienstlichen Veranstaltungen Dienstkleidung tragen.
- (4) Angehörige der Altersabteilung können mit ihrem Einverständnis zu Diensten außerhalb des Übungs- und Einsatzdienstes herangezogen werden.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Bad Laer, d. 27.11.2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Avermann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

109

Satzung über die Gewährung von Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer

Aufgrund der §§ 10,11,44 und 58 des Gesetzes zur Zusammenfassung und Modernisierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts (NKomVG) und des § 12 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz (NBrandSchG) in der jeweils gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 27.11.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Höhe der Aufwandsentschädigung

1. Die im Feuerwesen ehrenamtlich Tätigen haben nach Maßgabe dieser Satzung Anspruch auf eine monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt:

| | |
|---|----------|
| a. Gemeindebrandmeister | 170,00 € |
| b. Stellvertretender Gemeindebrandmeister | 80,00 € |
| c. Atemschutzgerätewart | 60,00 € |
| d. Gerätewart | 80,00 € |
| e. Fahrzeugwart | 80,00 € |
| f. Funkwart | 25,00 € |
| g. Jugendfeuerwehrwart | 60,00 € |
| h. Sicherheitsbeauftragter | 25,00 € |
| i. Schriftführer | 30,00 € |

2. Die Aufwandsentschädigung wird unabhängig vom Beginn oder Ende der Tätigkeit jeweils für einen ganzen Kalendermonat gewährt.
3. Ansprüche auf Aufwandsentschädigung sind nicht übertragbar.

§ 2 Aufwandsentschädigung bei Verhinderungen

1. Ist der Gemeindebrandmeister ununterbrochen länger als drei Monate verhindert, seine Funktion wahrzunehmen, entfällt mit Ablauf des dritten auf den Beginn der Nichtwahrnehmung der Funktion folgenden Kalendermonats die Zahlung der Aufwandsentschädigung; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.
2. Nimmt der stellvertretende Gemeindebrandmeister die Dienstgeschäfte des Gemeindebrandmeisters ununterbrochen länger als drei Monate wahr, erhöht sich die Aufwandsentschädigung um die Höhe des Unterschiedsbetrags der Entschädigung des Vertretenen und seiner eigenen.
3. Diese Regelung gilt entsprechend bei Verhinderung sonstiger ehrenamtlicher Funktionsträgerinnen bzw. Funktionsträger.

§ 3 Entschädigungsansprüche

1. Für die Ansprüche der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr auf Ersatz des Verdienstausfalls bzw. Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes bei Einsätzen und Ausbildungsmaßnahmen, Ersatz der Aufwendungen für die Betreuung von Kindern sowie die Regulierung weiterer Entschädigungsansprüche gelten §§ 32 und 33 NBrandSchG in der jeweils gültigen Fassung.
2. Der Höchstbetrag des gem. § 33 Abs. 2 u. 4 NBrandSchG zu ertattenden Verdienstausfalls wird auf höchstens 25,00 € je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag, festgesetzt.
3. Der Höchstbetrag, der gem. § 12 Abs. 6 NBrandSchG zu erstattenden Aufwendungen für die Betreuung von mindestens einem Kind unter 10 Jahren wird auf 8,00 € je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag, festgesetzt.

§ 4 Sonstige Entschädigungen

Den aktiven Feuerwehrmitgliedern, die von der Feuerwehr als Fahrer eingesetzt werden, kann für den nicht berufsbedingten Erwerb des Führerscheins der Klassen C bzw. CE auf Antrag ein Zuschuss gewährt werden.

Die Feuerwehrmitglieder haben sich für 5 Jahre in der Feuerwehr zu verpflichten. Bei vorzeitiger Beendigung der Mitgliedschaft

schaft ist der Zuschuss anteilig zurückzuzahlen. Der Zuschuss verringert sich um je 1/5 jedes geleisteten Dienstjahres bei der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer.

§ 5 Abgeltung von Auslagen

Neben den nach § 1 gewährten Entschädigungen besteht grundsätzlich kein weiterer Anspruch auf Ersatz der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Auslagen (einschließlich der Fahrt- und Reisekosten, des Bekleidungsgeldes, der Telefongebühren, des Schreibmaterials und Ähnlicher Auslagen).

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Verkündung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr Bad Laer vom 01.01.2002 nebst der 1. Änderungssatzung vom 11.08.2003 außer Kraft.

Bad Laer, den 27.11.2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Avermann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

110

Satzung über die Verringerung der Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren im Rat der Samtgemeinde Fürstenau

Aufgrund der §§ 10, 46 Abs. 4 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Samtgemeinde Fürstenau in seiner Sitzung am 26. März 2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Verringerung

Die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren wird für die am 1. November 2021 beginnende Wahlperiode von 32 auf 26 verringert.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück in Kraft.

Fürstenau, 26.03.2020

(Siegel) **Samtgemeinde Fürstenau**
Der Samtgemeindebürgermeister
Trütken

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

111

Amtliche Bekanntmachung über die folgenden Beschlüsse der Stadt Bramsche

Satzungsbeschlüsse der nachfolgenden Bebauungspläne:

- 1. Bebauungsplan Nr. 40 „Hesepe-Mitte“, 3. Änderung**
- 2. Bebauungsplan Nr. 86 „Auf dem Diek“, 1. Änderung**
- 3. Bebauungsplan Nr. 45 „Zwischen Engterstraße und Malgartener Straße“, 4. Änderung**

Teilweise Aufhebung der örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 45 „Gelände zwischen Engterstraße und Malgartener Straße“ einschl. Anlage 1 - „Gestaltungsplan zum Bebauungsplan Nr. 45“

Der Rat der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 26.03.2020 die o.g. Bebauungspläne mit örtlichen Bauvorschriften einschl. Begründungen gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzungen beschlossen.

Die Geltungsbereiche der o.g. Bebauungspläne sind in den nachstehenden Planausschnitten durch Umrandung und Schraffur kenntlich gemacht.

Zu 1.: Der Geltungsbereich der **3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Hesepe-Mitte“** grenzt im Norden an die Hauptstraße, im Osten an die Alfhausener Str., im Süden an die Ernst-Reuter-Straße bzw. an die Bebauung Mörikestraße, sowie im Westen an die Bebauung Fontanestraße, Ortsteil Hesepe.



Zu 2.: Der Geltungsbereich der **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 „Auf dem Diek“** grenzt im Westen an die Straße Im Mühlenbrook, Ortsteil Schleprup.



Zu 3.: Der Geltungsbereich der **4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 „Zwischen Engterstraße und Malgartener Straße“** grenzt im Norden an die Kieferstraße, im Osten an die Breslauer Straße und im Süden an die Engterstraße, Ortsteil Bramsche.



Gemeinsam mit dem Satzungsbeschluss der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 „Zwischen Engterstraße und Malgartener Straße“ hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 26.03.2020 die **Aufhebung der örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 45 „Gelände zwischen Engterstraße und Malgartener Straße“** einschl. Anlage 1 - „Gestaltungsplan zum Bebauungsplan Nr. 45“ (rechtskräftig seit dem 29.12.1980) für den Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 45 „Zwischen Engterstraße und Malgartener Straße“ beschlossen.

Die o.g. Bebauungspläne einschl. Begründungen, sowie die teilweise Aufhebung der Gestaltungssatzung treten mit der

Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7 am 15.04.2020 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Die Bebauungspläne liegen ab sofort im Fachbereich 4 – Stadtentwicklung, Bau und Umwelt –, Rathaus, Hasestraße 11, 49565 Bramsche, Zi. O 55, aus und können während der Servicezeiten eingesehen werden. Jeder kann über die Inhalte der Bebauungspläne Auskunft erlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass wenn nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Bebauungspläne Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 215 Abs. 2 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis der Bebauungspläne und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB schriftlich gegenüber der Stadt Bramsche unter Darlegung des begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind, diese unbeachtlich werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 des BauGB über die Entschädigung durch die Bebauungspläne eingetretenen Vermögensnachteilen, sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bramsche, den 27.03.2020

Stadt Bramsche
Der Bürgermeister
Pahlmann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

112

Haushaltssatzung der Samtgemeinde Artland für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Samtgemeinde Artland am 5. Dezember 2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|---|--------------|
| 1.1. der ordentlichen Erträge auf | 27.016.722 € |
| 1.2. der ordentlichen Aufwendungen auf | 27.335.603 € |
| 1.3. der außerordentlichen Erträge auf | 0 € |
| 1.4. der außerordentlichen Aufwendungen auf | 31.500 € |
| 1.5. Jahresergebnis | -350.381 € |

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|--|--------------|
| 2.1. der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 26.475.231 € |
| 2.2. der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 25.047.806 € |

| | |
|--|-------------|
| 2.3. der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf | 1.071.550 € |
| 2.4. der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf | 8.357.116 € |
| 2.5. der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf | 6.655.566 € |
| 2.6. der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf | 1.136.241 € |

festgesetzt.

Nachrichtlich:

| | |
|--|--------------|
| Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 34.202.347 € |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 34.541.163 € |

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kredit-ermächtigung) wird auf 6.655.566 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre belasten, wird auf 2.500.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.370.000 € festgesetzt.

§ 5

Der Hebesatz der Samtgemeindeumlage wird für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgelegt:
57 % von den Steuerkraftzahlen der Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde.

§ 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 Abs. 1 Kommunalhaushalts- und Kas-senverordnung (KomHKVO) wird auf 1.000.000 € festgelegt.

Quakenbrück, 06.12.2019

Poppe
Samtgemeindebürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 119 Abs. 4, 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie nach §§ 111 NKomVG i.V.m. § 15 Abs. 6 des Niedersächsischen Ge-setzes über den Finanzausgleich (NFAG) erforderliche Ge-nehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 17.02.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 16.04.-24.04.2020 nach vorheriger Terminabsprache zur Einsichtnahme im Dienstgebäude Markt 2 (2. Etage), Zimmer 310 in 49610 Quakenbrück öffentlich aus.

Quakenbrück, den 27.03.2020

Samtgemeinde Artland
Der Samtgemeindebürgermeister
Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

113

Haushaltssatzung der Gemeinde Nortrup für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfas-sungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Nortrup in seiner Sitzung am 09.12.2020 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | | |
|-----|------------------------------------|-------------|
| 1.1 | der ordentlichen Erträge auf | 4.118.607 € |
| 1.2 | der ordentlichen Aufwendungen auf | 4.036.421 € |
| 1.3 | der außerordentlichen Erträge auf | 0 € |
| 1.4 | der außerordentlichen Aufwendungen | 0 € |
| 1.5 | ordentliches Jahresergebnis | 82.186 € |

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | | |
|------|---|---------------|
| 2.1. | der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 3.933.837 € |
| 2.2. | der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 4.103.142 € |
| | Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit | - 169.305 € |
| 2.3. | der Einzahlungen für Investitionstätigkeit | 915.000 € |
| 2.4. | der Auszahlungen für Investitionstätigkeit | 2.349.500 € |
| | Saldo aus Investitionstätigkeit | - 1.434.500 € |
| 2.5. | der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit | 1.434.500 € |
| 2.6. | der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit | 80.000 € |
| | Saldo aus Finanzierungstätigkeit | 1.354.500 € |
| 2.7 | Finanzmittelbestand | - 249.305 € |

Nachrichtlich:

| | |
|--|-------------|
| Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 6.283.337 € |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 6.532.642 € |

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 1.434.500 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 380 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 380 v.H.
2. Gewerbesteuer 390 v.H.

§ 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gemäß § 12 Abs. 1 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung wird auf 200.000 € festgesetzt.

Nortrup, den 09.12.2019

(Siegel) **Gemeinde Nortrup**
Karl-Heinz Budke
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 24.03.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird im Amtsblatt Nr. 7 / 2020 für den Landkreis Osnabrück am 15.04.2020 öffentlich bekannt gemacht. Das Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück kann bei der Druckerei B. Ad. Ricke, Lindenstr. 17, 49593 Bersenbrück bezogen werden.

Der Haushaltsplan kann gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 20.04.2020 bis einschließlich 30.04.2020 während der Dienststunden in der Gemeindeverwaltung Nortrup, Postweg 1, 49638 Nortrup, Zimmer 3, nach vorheriger Terminabsprache öffentlich eingesehen werden.

Nortrup, 30.03.2020

Gemeinde Nortrup
Der Bürgermeister
i. V. Wahmes

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

114

Haushaltssatzung der Gemeinde Badbergen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Badbergen in seiner Sitzung am 09.12.2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf 4.064.757 €
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 3.983.293 €
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf 0 €
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen 0 €
 - 1.5 Jahresergebnis 81.464 €
2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 3.832.762 €
 - 2.2 auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 4.111.920 €
 - Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - 279.158 €
 - 2.3 auf Einzahlungen für Investitionen 494.456 €
 - 2.4 auf Auszahlungen für Investitionen 2.750.284 €
 - Saldo aus Investitionstätigkeit - 2.255.828 €
 - 2.5 auf Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit 2.255.828 €
 - 2.6 auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit 146.091 €
 - davon Umschuldungen 0 €
 - Saldo aus Finanzierungstätigkeit 2.109.737 €
 - 2.7 Finanzmittelbestand - 425.249 €

Nachrichtlich
Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 6.583.046 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 7.008.295 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditaufnahme) beträgt 2.255.828 €.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden in Höhe von 635.000 € veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.700.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftlich genutzte Betriebe 380 v.H.
 - b) Grundsteuer B für bebaute und unbebaute Grundstücke 380 v.H.
2. Gewerbesteuer 390 v.H.

§ 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung gem. § 12 Abs. 1 KomHKVO wird auf 180.000 € festgelegt.

Badbergen, 10.12.2019

Meier
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird öffentlich bekanntgemacht.

Der Landkreis Osnabrück, Amt für Kommunalaufsicht, hat mit Verfügung vom 04.03.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re gemäß §§ 119 Abs. 4, 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die §§ 2 (Kreditermächtigung), 3 (Verpflichtungsermächtigungen) und 4 (Höchstbetrag der Liquiditätskredite) der Haushaltssatzung der Gemeinde Badbergen für das Haushaltsjahr 2020 genehmigt.

Der Haushaltsplan liegt gemäß § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 16.04. bis 24.04.2020 zur Einsichtnahme nach vorheriger Terminabsprache in der Gemeindeverwaltung Badbergen, Am Markt 3, Zimmer 3, 49635 Badbergen, öffentlich aus.

Badbergen, 30.03.2020

(Siegel) **Gemeinde Badbergen**
Meier
Bürgermeister

115

Haushaltssatzung der Gemeinde Hagen a.T.W. für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. in der Sitzung am 27.02.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|--|--------------|
| 1.1 der ordentlichen Erträge auf | 22.696.700 € |
| 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf | 20.475.700 € |
| Ordentliches Ergebnis | 2.221.000 € |
| 1.3 der außerordentlichen Erträge | 0 € |
| 1.4 der außerordentlichen Aufwendung auf | 0 € |

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|---|--------------|
| 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 21.861.400 € |
| 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 18.340.200 € |
| 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit | 5.689.000 € |
| 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit | 9.170.200 € |
| 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit | 600.000 € |
| 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit | 640.000 € |

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

| | |
|---|--------------|
| - der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 28.150.400 € |
| - der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 28.150.400 € |

Der Haushaltsplan des Wasserwerkes der Gemeinde Hagen a.T.W. für das Jahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|--|-----------|
| 1.1 der ordentlichen Erträge auf | 267.700 € |
| 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf | 251.800 € |
| Ordentliches Ergebnis | 15.900 € |
| 1.3 der außerordentlichen Erträge | 0 € |
| 1.4 der außerordentlichen Aufwendung auf | 0 € |

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

| | |
|---|-----------|
| 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 255.000 € |
| 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 230.900 € |

| | |
|---|----------|
| 2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit | 25.000 € |
| 2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit | 45.100 € |
| 2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit | 0 € |
| 2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit | 4.000 € |

festgesetzt.

| | |
|---|-----------|
| Nachrichtlich: Gesamtbetrag | |
| - der Einzahlungen des Finanzhaushaltes | 280.000 € |
| - der Auszahlungen des Finanzhaushaltes | 280.000 € |

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 600.000 € festgesetzt. Für das Wasserwerk Hagen a.T.W. ist keine Kreditaufnahme vorgesehen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen der Gemeinde Hagen a.T.W. wird auf 1.780.000 € festgesetzt. Für das Wasserwerk Hagen a.T.W. werden keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.500.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt :

| | |
|--|-----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 320 v. H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 320 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer | 360 v. H. |

§ 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 1.000.000 € festgelegt.

Hagen a.T.W., 30.03.2020

Gausmann
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 119 Abs. 4 und 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderli-

che Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 30.03.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 erteilt worden.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan liegen gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 16.04.2020 – 24.04.2020 zur Einsichtnahme im Rathaus, Zimmer 9, öffentlich nach vorheriger Terminabsprache mit Christine Möller unter 05401 977-31 aus.

Hagen a.T.W., 30.03.2020

Gemeinde Hagen a.T.W.
Gausmann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

C. Sonstige Bekanntmachungen

5

Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Ev.-luth. Luther-Kirchengemeinde Georgsmarienhütte.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Georgsmarienhütte am 26. Februar 2020 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die christliche Botschaft von Auferstehung und ewigem Leben verkündet. Aus diesem Glauben erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 Friedhofsverwaltung
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Dienstleistungen

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 7 Anmeldung einer Bestattung
- § 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen
- § 9 Ruhezeiten
- § 10 Umbettungen und Ausgrabungen

IV. Grabstätten

- § 11 Allgemeines
- § 12 Wahlgrabstätten
- § 13 Urnenreihengrabstätten unter Rasen
- § 14 Urnenwahlgrabstätten
- § 15 Rückgabe von Wahlgrabstätten
- § 16 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

- § 17 Gestaltungsgrundsatz
- § 18 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege von Grabstätten

§ 19 Allgemeines

§ 20 Grabpflege, Grabschmuck

§ 21 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 22 Errichtung und Änderung von Grabmalen

§ 23 Mausoleen und gemauerte Gräfte

§ 24 Entfernung von Grabmalen

§ 25 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

VIII. Haftung und Gebühren

§ 26 Haftung

§ 27 Gebühren

IX. Schlussvorschriften

§ 28 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich und Friedhofszweck

- (1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Georgsmarienhütte in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zur Zeit die Flurstücke 40/4; 41/2; 1/60; 5/2; Flur 13 und 15 Gemarkung Georgsmarienhütte in Größe von insgesamt 1.6613 ha. Eigentümerin der Flurstücke ist die Ev.-luth. Kirchengemeinde Georgsmarienhütte.
- (2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Georgsmarienhütte, Stadt Georgsmarienhütte, Ortsteil Alt-Georgsmarienhütte hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen im Sinne des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.
- (3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2

Friedhofsverwaltung

- (1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet. Dieser hat zu seiner Entlastung eine Friedhofsverwaltung eingesetzt.
- (2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.
- (3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.
- (4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.
- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4

Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekanntgegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- (2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) Die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art — ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer — zu befahren.
 - b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten.

- c) An Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen.
 - d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu verwerten.
 - e) Druckschriften und andere Medien (z. B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind.
 - f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen.
 - g) Fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen.
 - h) Hunde nicht angeleint mitzubringen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.
 - (4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6 Dienstleistungen

- (1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
- (5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7 Anmeldung einer Bestattung

- (1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsver-

waltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten, und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.

- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.
- (3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeithemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.
- (3) Säрге dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für größere Säрге ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.
- (5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsäрге oder Holzsäрге mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.
- (6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9 Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 20 Jahre.

§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen

- (1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.
- (2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.
- (3) Die berechtigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.
- (4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11 Allgemeines

- (1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:
 - a) Wahlgrabstätten (§ 12),
 - b) Urnenreihengrabstätten unter Rasen (§ 13),
 - c) Urnenwahlgrabstätten (§ 14).
- (2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.
- (3) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig - bei oder kurz nach der Geburt - verstorbene Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.
- (4) In einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle darf zusätzlich eine Asche bestattet werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war.
- (5) Bei neu anzulegenden Grabstätten haben die Grabstellen folgende Größe:
 - a) für Särge von Kindern:
Länge: 150 cm - Breite: 90 cm,

von Erwachsenen:
Länge: 250 cm - Breite: 120 cm,
 - b) für ein Urnenfeld:
Länge: 100 cm - Breite: 100 cm

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

- (6) Die Mindestdiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (7) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.
- (8) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.
- (9) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.
- (2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach 5 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um jeweils 10 Jahre verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.
- (3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:
 - a) Ehegatte,
 - b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft
 - c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
 - d) Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) Eltern,
 - f) Geschwister,
 - g) Stiefgeschwister,
 - h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben. Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person.

son, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nicht-verwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

- (4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirkung der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.
- (5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

§ 13

Urnenreihengrabstätten unter Rasen

- (1) Urnenreihengrabstätten unter Rasen werden zur Bestattung von Aschen vergeben. In einer Urnenreihengrabstätte darf nur eine Asche bestattet werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.
- (2) Die Pflege der Urnenreihengrabstätten unter Rasen erfolgt durch den Friedhofsträger. Eine eigene Pflege ist nicht möglich, aber auch nicht nötig.
- (3) Urnenreihengrabstätten sind auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person mit einer normierten Platte zu versehen. Hier wird der Naturstein Nero Impala verwendet. Die Größe der Platte beträgt 30 x 40 cm. Die Schrift muss vertieft eingearbeitet sein. Vorname und Nachname sind Pflichtangaben. Geburtsjahr und Sterbejahr sind freiwillige Angaben.

§ 14

Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von

20 Jahren vergeben. Das Nutzungsrecht wird vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.

- (2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 15

Rückgabe von Wahlgrabstätten

- (1) Eine Rückgabe von Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten vor Ablauf der Ruhezeit ist nicht möglich. Ausnahmen in besonderen Härtefällen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 16

Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt, wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 17

Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 18

Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 17 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.
- (2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hergestellt sind.
- (3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.
- (4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen

treffen (z. B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 19 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.
- (2) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.
- (3) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen.
- (4) Verwelkte Blumen, Kränze, nicht verwendete Erde usw. sind von den Grabstätten durch die Nutzungsberechtigten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (5) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (6) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

§ 20 Grabpflege, Grabschmuck

- (1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.
- (2) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.
- (3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 21 Vernachlässigung

(1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.

(2) Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekannte nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung

a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und

b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.

(3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 22 Errichtung und Änderung von Grabmalen

(1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und an deren Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.

(2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung in den Anzeigeunterlagen eingetragen sein.

(3) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.

(4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal

oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.

- (5) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.
- (6) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach Abschnitt 4 der TA Grabmal vorzunehmen. Die gleichwertige Qualifikation im Sinne von Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. Der Prüf- ablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.
- (7) Die nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebe- scheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.
- (8) Fachlich geeignet im Sinne von § 6 Absatz 2 sind Dienst- leistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der La- ge sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundament- abmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmal- teile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu di- mensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicher- heit zu kontrollieren und zu dokumentieren.
- (9) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeun- terlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abände- rung oder Beseitigung auf Kosten der nutzungsberechtig- ten

IX. Schlussvorschriften

§ 28

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Geneh- migung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 27.02.1989 außer Kraft.

Georgsmarienhütte, den 03.03.2020

Der Kirchenvorstand:

| | | |
|---------------|----------|-------------------|
| Schleicher | (Siegel) | Wilde |
| Vorsitzende/r | | weiteres Mitglied |

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Der Kirchenkreisvorstand: 17.03.2020

| | |
|----------|----------------|
| (Siegel) | Kusserow |
| | Oberkirchenrat |

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

6

Friedhofsgebührenordnung (FGO)

für den Friedhof der

Ev.-luth. Bonnus-Kirchengemeinde in Bersenbrück.

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofs- ordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Bonnus-Kir- chengemeinde Bersenbrück für ihren Friedhof am 12.03.2020 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Fried- hofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenord- nung erhoben.

§ 2

Gebührenschildner

(1) Gebührenschildner der Benutzungsgebühr ist

1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
3. wer die Gebührenschild gegenüber der Friedhofsver- waltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschild eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Gebührenschildner der Verwaltungsgebühr ist

1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wes- sen Interesse sie vorgenommen wird,
2. wer die Gebührenschild gegenüber der Friedhofsver- waltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat

oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

- (3) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3

Entstehen der Gebührenschuld

- (1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.
- (2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4

Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5

Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6

Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

1. Reihengrabstätte:
Für 30 Jahre: 452 €
2. Wahlgrabstätte:

Für 30 Jahre - je Grabstelle - : 531 €

3. Urnenreihengrabstätte:
Für 20 Jahre: 255 €

4. Urnenreihengrabstätte unter Rasen
inkl. Pflege und FUG 765 €

5. Urnenwahlgrabstätte:
Für 20 Jahre - je Grabstelle - : 297 €

6. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 5 der Friedhofsordnung:

- a) eine Gebühr gemäß Nummer 7 zur Anpassung an die neue Ruhezeit und
- b) eine Gebühr gemäß Abschnitt II.

7. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 13 Absatz 2 FO) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, 1/20 bzw. 1/30 der Gebühren nach den Nummern 2 und 5 zu entrichten.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft bei Erd- und Urnenbestattungen wird die zu leistende Gebühr nach Aufwand berechnet.

III. Verwaltungsgebühren:

1. Prüfung der Anzeige zur Aufstellung oder Änderung eines Grabmals 18 €
2. laufende Prüfung der Standsicherheit eines Grabmals für die Dauer des Nutzungsrechtes (hierunter fallen nicht liegende Grabmale) 53 €
3. laufende Prüfung der Standsicherheit eines Grabmals bei Verlängerung des Nutzungsrechtes (hierunter fallen nicht liegende Grabmale) – für jedes Jahr der Verlängerung 1,80 €

IV. Friedhofsunterhaltungsgebühr

Für ein Jahr
- je Grabstelle -: 8 €

V. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer / Friedhofskapelle:

1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer je Sarg pro Tag: 100 €
2. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle mit großem Raum je Trauerfeier: 195 €

3. Gebühr für die Benutzung der Friedhofskapelle mit kleinem Raum
je Trauerfeier: 75€

VI. Sonstige Gebühren:

1. Gebühr für die Grabplatte für Urnenreihen-
grabstätten unter Rasen -nach Aufwand-

§ 7

Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 06. Juli 2005, sowie die Änderung der Friedhofsgebührenordnung vom 03.03.2007 außer Kraft.

Bersenbrück, den 12.03.2020

Der Kirchenvorstand:

Pn. Richter
Vorsitzende/r

(Siegel)

Dr. Weißenborn
weiteres Mitglied

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 19.03.2020

Der Kirchenkreisvorstand:

(Siegel)

Kusserow
(Oberkirchenrat)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 7, 15. April 2020

7

Friedhofsordnung (FO)

für den Friedhof der

Ev.-luth. Bonnus-Kirchengemeinde in Bersenbrück.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Bonnus-Kirchengemeinde Bersenbrück am 12.03.2020 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die Botschaft verkündet, dass

Christus dem Tode die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 Friedhofsverwaltung
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Dienstleistungen

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 7 Anmeldung einer Bestattung
- § 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen
- § 9 Ruhezeiten
- § 10 Umbettungen und Ausgrabungen

IV. Grabstätten

- § 11 Allgemeines
- § 12 Reihengrabstätten
- § 13 Wahlgrabstätten
- § 14 Urnenreihengrabstätten
- § 14a Urnenreihengrabstätten unter Rasen
- § 15 Urnenwahlgrabstätten
- § 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten
- § 17 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

- § 18 Gestaltungsgrundsatz
- § 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege von Grabstätten

- § 20 Allgemeines
- § 21 Grabpflege, Grabschmuck
- § 22 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

- § 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen
- § 24 Mausoleen und gemauerte Gräfte
- § 25 Entfernung
- § 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

- § 27 Leichenhalle
- § 28 Benutzung der Friedhofskapelle

IX. Haftung und Gebühren

- § 29 Haftung
- § 30 Gebühren

X. Schlussvorschriften

- § 31 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich und Friedhofszweck

- (1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bersenbrück in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zurzeit die Flurstücke 38/5, 39/8, 39/9, 39/19, 39/20 Flur 5 Gemarkung Bersenbrück in Größe von insgesamt 0.8125 ha. Eigentümerin der Flurstücke ist die Ev.-luth. Bonnus-Kirchengemeinde Bersenbrück.
- (2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bersenbrück Gemeinde Bersenbrück hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.
- (3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2

Friedhofsverwaltung

- (1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).
- (2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.
- (3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.
- (4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann

auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.

- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4

Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- (2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art - ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer - zu befahren,
 - b) Waren aller Art zu verkaufen, sowie Dienstleistungen anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu verwerten,
 - e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen,
 - g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,
 - h) Hunde unangeleint mitzubringen.

- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.
- (4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6 Dienstleistungen

- (1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
- (5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7 Anmeldung einer Bestattung

- (1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.
- (3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeithemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.
- (3) Säрге dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für größere Säрге ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.
- (5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsäрге oder Holzsäрге mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.
- (6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9 Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit bei Kindern bis zum vollendeten 5. Lebensjahr beträgt 20 Jahre.
- (3) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 20 Jahre.

§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen

- (1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.
- (2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.
- (3) Die berechnigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.
- (4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11

Allgemeines

(1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:

- a) Reihengrabstätten (§ 12),
- b) Wahlgrabstätten (§ 13),
- c) Urnenreihengrabstätten (§ 14),
- d) Urnenreihengrabstätten unter Rasen (§ 14a)
- e) Urnenwahlgrabstätten (§ 15).

(2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

(3) Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.

(4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig - bei oder kurz nach der Geburt - verstorbene Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.

(5) In einer bereits belegten Wahlgrabstelle darf zusätzlich eine Asche bestattet werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war.

(6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:

- a) für Särgе von Kindern:
Länge: 1,50m Breite: 0,90m,
von Erwachsenen:
Länge: 2,50m Breite: 1,25m,
- b) für Urnenreihengrabstellen:
Länge: 1,00m Breite: 0,90m,
- c) für Urnenwahlgrabstätten:
Länge: 1,00m Breite: 1,20m,
- d) für Urnenrasengrabstellen:
Ø 0,50 m

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen

Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

(7) Die Mindestdiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

(8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.

(9) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.

(10) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12

Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Grabstätten mit einer Grabstelle für eine Erdbestattung, die anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(2) Die Friedhofsverwaltung informiert über den Ablauf der Nutzungszeit. Des Weiteren gelten die Vorschriften des §25 Abs.2.

§ 13

Wahlgrabstätten

(1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung angerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.

(2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um 5, 10, 20 oder 30 Jahre verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

(3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:

- a) Ehegatte,
- b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
- c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,

- d) Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
- e) Eltern,
- f) Geschwister,
- g) Stiefgeschwister,
- h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nicht-verwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

- (4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirkung der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.
- (5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

§ 14 Urnenreihengrabstätten

- (1) Urnenreihengrabstätten werden zur Bestattung von Aschen vergeben. In einer Urnenreihengrabstätte darf nur eine Asche bestattet werden.
- (3) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenreihengrabstätten auch die Vorschriften für Reihengrabstätten.

§ 14a Urnenreihengrabstätten unter Rasen

- (1) Urnenreihengrabstätten werden zur Bestattung von Aschen vergeben. In einer Urnenreihengrabstätte darf nur eine Asche bestattet werden.
- (2) Die Pflege erfolgt durch die Kirchengemeinde. Eine Pflege der Stätte durch Angehörige ist nicht möglich, aber auch nicht nötig. Das Niederlegen von Blumen oder Grabschmuck ist nicht gestattet. Die Friedhofsverwaltung ist befugt abgelegte Blumen oder Grabschmuck ohne Ankündigung zu entfernen. Sie ist nicht zum Ersatz verpflichtet.
- (3) Zur Gestaltung der Urnenreihengrabstätten unter Rasen sind nur Grabplatten zulässig. Die Grabplatten werden von der Friedhofsverwaltung bestellt und niederlegt.
- (4) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenreihengrabstätten unter Rasen auch die Vorschriften für Reihengrabstätten.

§ 15 Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 20 Jahren vergeben.
- (2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten

- (1) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als 4 Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

§ 17 Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt, wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 18 Gestaltungsgrundsatz

Leitbild für die Gestaltung von Grabstätten ist der grüne, blühende, bienen- und insektenfreundliche Friedhof. Die Kirchengemeinde als Friedhofsträgerin hat bei Anlage, Gestal-

tung, Nutzung und Bewirtschaftung des Friedhofes den Belangen des Natur- und Umweltschutzes Rechnung zu tragen. Die Ziele und Erfordernisse von Abfallvermeidung und Abfallverwertung sind zu beachten. Es gilt darauf hinzuwirken, dass auf die Verwendung von Kunststoffen verzichtet wird. Die Verwertung von Kunststoffen, die nicht biologisch abbaubar sind, ist zu vermeiden. Der Friedhof soll ein Ort der Andacht für Besucherinnen und Besucher sein. Jede Grabstätte ist daher so zu gestalten, zu unterhalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhof als Ort der Ruhe für die Bestatteten und der Andacht für die Besucherinnen und Besucher in seinen einzelnen Teilen, sowie in seiner Gesamtlage gewahrt und Anwesende in ihrer Trauer nicht gestört werden. Das einzelne Grab soll sich in das Gesamtbild einfügen.

§ 19

Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 18 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.
- (2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hergestellt sind.
- (3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.
- (4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 20

Allgemeines

- (1) Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche

Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.

- (2) Die Abdeckung der Grabstätten mit Kies oder Grabplatten ist nur für 2/3 der Gesamtfläche zulässig. 1/3 der Grabfläche ist zu bepflanzen.
- (3) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.
- (4) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder an den Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Die Kirchengemeinde behält sich vor die Kosten für den Aufwand von dem Nutzungsberechtigten zurückzufordern. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (5) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (6) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

§ 21

Grabpflege, Grabschmuck

- (1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.
- (2) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen. Das Niederlegen von Kunststoffblumen ist nicht gestattet.
- (3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 22

Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.

(2) Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekannte nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung

a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und

b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.

(3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 23

Errichtung und Änderung von Grabmalen

(1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.

(2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung in den Anzeigeunterlagen eingetragen sein.

(3) Der Name der/des Verstorbenen ist in lateinischen Buchstaben darzustellen.

(4) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.

(5) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.

(6) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. Die TA Grabmal gilt für die Planung,

Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.

(7) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach Abschnitt 4 der TA Grabmal vorzunehmen. Die gleichwertige Qualifikation i.S.v. Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.

(8) Die nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebescheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.

(9) Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.

(10) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen. Bei nicht ordnungsmäßiger Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 19 Absatz 4.

§ 24

Mausoleen und gemauerte Grüfte

(1) Soweit auf den Friedhöfen Mausoleen oder gemauerte Grüfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. Im Übrigen gelten § 19 Absätze 3 und 4 entsprechend.

(2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur möglich, wenn sich die nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Grüfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Grüfte von den nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 25

Entfernung

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf des Nutzungsrechtes hat der bisherige Nutzungsberechtigte Grabmale und sonstige Anlagen zu entfernen. Soweit es sich um Grabmale nach § 26 handelt, bedarf die Entfernung der Zustimmung des Friedhofsträgers. Kommt der bisherige Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe über das Abräumen der Reihengräber (§12 Abs. 2) oder nach Ablauf des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern nach, kann die Kirchengemeinde die Abräumung auf Kosten des bisherigen Berechtigten vornehmen oder veranlassen. Für die entstehenden Kosten ist die nach der Gebührenordnung vorgesehene Gebühr zu zahlen. Ersatz für Grabmale oder sonstige Anlagen ist von der Kirchengemeinde nicht zu leisten. Die Kirchengemeinde ist auch zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale oder sonstiger Anlagen nicht verpflichtet. Die Verpflichtungen aus der vorstehenden Bestimmung erstrecken sich auch auf bei Inkrafttreten dieses Absatzes bereits vorhandene Grabmale und sonstige Anlagen.

§ 26

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 27

Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient zur Aufnahme von Leichen bis zur Bestattung.
- (2) Auf Wunsch der Angehörigen kann ein Sarg, sofern keine Bedenken bestehen, in der Leichenhalle von einem Beauftragten der Friedhofsverwaltung geöffnet werden. Särge sollen spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier geschlossen werden.
- (3) Ein Sarg, in dem eine verstorbene Person liegt, die im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei der der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat, wird nach Möglichkeit in einem besonderen Raum aufgestellt. Der Sarg darf nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde geöffnet werden.

§ 28

Benutzung der Friedhofskapelle

- (1) Für die Trauerfeier steht die Friedhofskapelle zur Verfügung.
- (2) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.
- (3) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer

nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Haftung und Gebühren

§ 29

Haftung

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

§ 30

Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

X. Schlussvorschriften

§ 31

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (4) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 06. Juli 2005 außer Kraft.

Bersenbrück, den 12.03.2020

Der Kirchenvorstand:

Pn. Richter
Vorsitzende/r

(Siegel)

Dr. Weißenborn
weiteres Mitglied

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 19.03.2020

Der Kirchenkreisvorstand:

(Siegel)

Kusserow
(Oberkirchenrat)

Beschluss über die Ergänzung der Friedhofsordnung

Der Kirchenvorstand beschließt die Friedhofsordnung vom 06.09.2011 wie folgt zu ergänzen:

§ 21 Grabpflege, Grabschmuck

- (4) Das Niederlegen von Blumen und jeglichem Grabschmuck auf den Rasenflächen der Rasengrabstätten ist nicht gestattet. Das Ablegen von Blumen oder Grabschmuck ist lediglich an der dafür vorgesehenen Stele erlaubt. Die Friedhofsverwaltung ist befugt nicht ordnungsgemäß abgelegte Blumen oder Grabschmuck ohne Ankündigung zu entfernen. Sie ist nicht zum Ersatz verpflichtet.

Vorstehender Beschluss ist ordnungsgemäß gefasst worden. Die Richtigkeit wird beglaubigt:

Berge, den 11.03.2020

| | | |
|-----------------|----------|-------------------|
| | (Siegel) | |
| Diekherbers | | Landwehr |
| KV-Vorsitzender | | weiteres Mitglied |

Die Ergänzung der Friedhofsordnung, sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 11.03.2020 werden hiermit gemäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 20.03.2020

| | | |
|----------|---|--|
| | Kirchenamt Osnabrück-Stadt und –Land | |
| (Siegel) | Kusserow, Kirchenoberrat | |

Beschluss über die Ergänzung der Friedhofsgebührenordnung

Der Kirchenvorstand beschließt die Friedhofsgebührenordnung vom 06.09.2011 wie folgt zu ergänzen:

§ 6 Gebührentarif

VII. Sonstige Gebühren:

- | | |
|--|--------------|
| 1. Für das Abräumen von Einzelgräbern: | 60,-€ |
| 2. Für das Abräumen von Grabstätten mit zwei oder mehr Stellen | nach Aufwand |

Vorstehender Beschluss ist ordnungsgemäß gefasst worden. Die Richtigkeit wird beglaubigt:

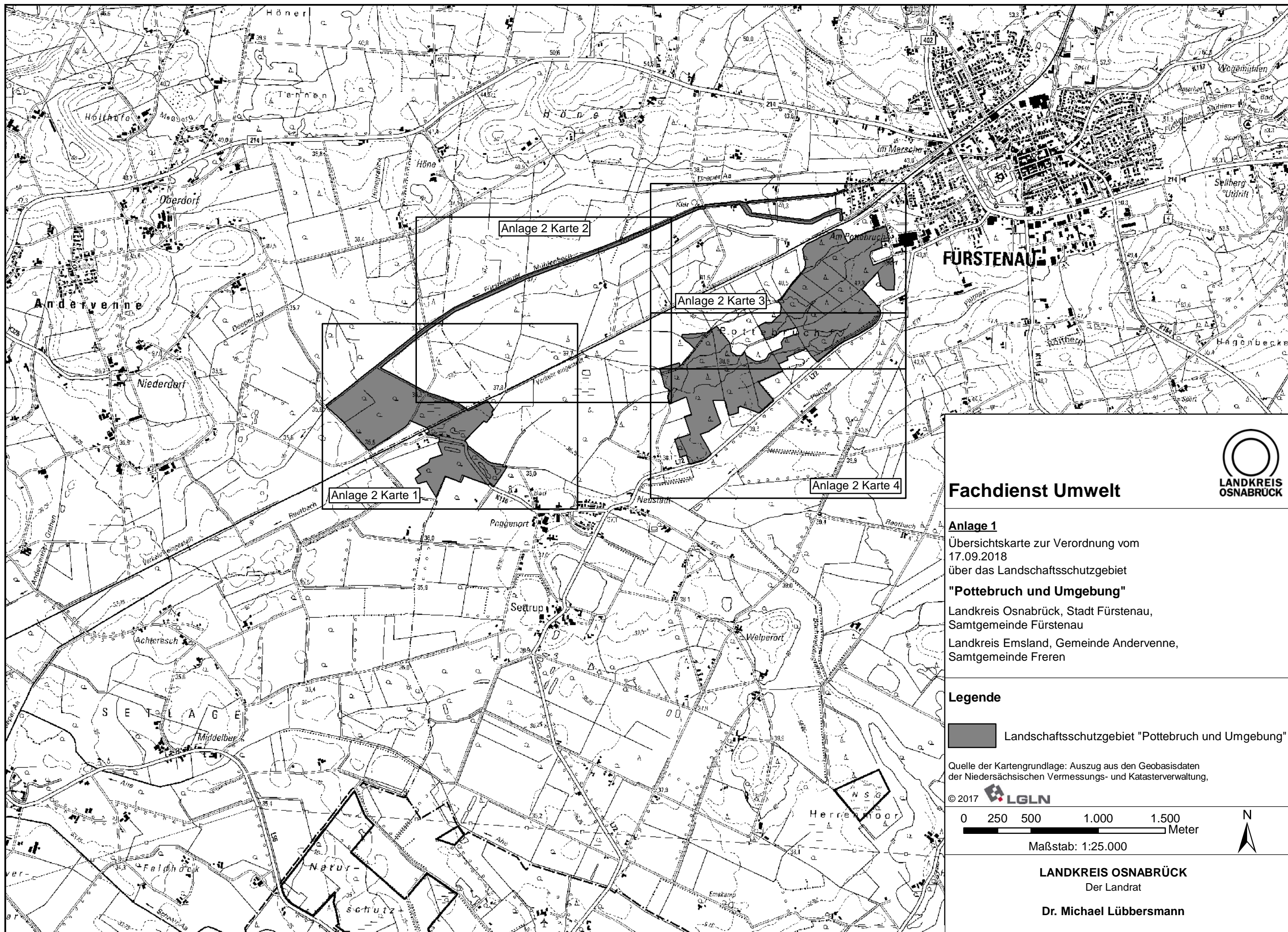
Berge, den 11.03.2020

| | | |
|-----------------|----------|-------------------|
| | (Siegel) | |
| Diekherbers | | Landwehr |
| KV-Vorsitzender | | weiteres Mitglied |

Die Ergänzung der Friedhofsgebührenordnung, sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 11.03.2020 werden hiermit gemäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 20.03.2020

| | | |
|----------|---|--|
| | Kirchenamt Osnabrück-Stadt und –Land | |
| (Siegel) | Kusserow, Kirchenoberrat | |



Fachdienst Umwelt

Anlage 1


Übersichtskarte zur Verordnung vom
17.09.2018
über das Landschaftsschutzgebiet

"Pottelbruch und Umgebung"

Landkreis Osnabrück, Stadt Fürstenau,
Samtgemeinde Fürstenau

Landkreis Emsland, Gemeinde Andervenne,
Samtgemeinde Freren

Legende

 Landschaftsschutzgebiet "Pottelbruch und Umgebung"

Quelle der Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten
der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung,

© 2017  LGLN

0 250 500 1.000 1.500
Meter

Maßstab: 1:25.000



LANDKREIS OSNABRÜCK
Der Landrat

Dr. Michael Lübbersmann



Anlage 1

Karte zur Verordnung vom
11.02.2020

über das Landschaftsschutzgebiet

„Kammolchbiotop Palsterkamp“

Kreisfreie Stadt Osnabrück, Stadt Osnabrück
Landkreis Osnabrück, Gemeinde Belm

Legende

- Grenze des Landschaftsschutzgebietes
Die Innenseite der schwarzen Linie kennzeichnet die Grenze.
- Kreisgrenze
- Wald gem. § 5 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 3
- Wald gem. § 5 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2
- Grünland gemäß § 5 Abs. 4 Nr. 3
- Grünland gemäß § 5 Abs. 4 Nr. 1 und Nr. 2

Quelle der Kartengrundlage: Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung

© 2018 LGLN

0 50 100 200 300 400
Meter

Maßstab: 1:5.000

Stadt Osnabrück
Wolfgang Griesert
(Oberbürgermeister)